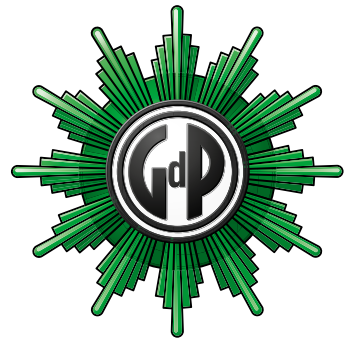


DP

DEUTSCHE POLIZEI

10/20

Das Magazin
der Gewerkschaft
der Polizei



Rechtsextremismus

**Auf
Worte
folgen
Taten...**



Ein starkes Team für die Polizei!



**Gewerkschaft
der Polizei**

PVAG Die Polizeiversicherung der
GdP + SIGNAL IDUNA Gruppe



Für alle Polizeibeschäftigten bleiben wir gemeinsam am Ball.

Als weltweit größte Interessenvertretung der Polizei und des Zolls setzt sich die Gewerkschaft der Polizei (GdP) für Ihre beruflichen Belange ein. Die PVAG Polizeiversicherungs-AG, das Gemeinschaftsunternehmen der GdP und SIGNAL IDUNA Gruppe, bietet Ihnen als berufsständischer Versicherer spezielle Absicherung und Vorsorge.

GdP und PVAG – Ein starkes Team im Einsatz für Sie. Informieren Sie sich jetzt!

www.gdp.de – Telefon 030 3999210 – gdp-bund-berlin@gdp.de

www.pvag.de – Telefon 0231 1352551 – polizei-info@pvag.de

IN EIGENER SACHE

Die Bilder von Reichskriegsflaggen und anderen Devotionalien dunkelster Zeiten deutscher Geschichte in direkter Nähe des demokratischen Zentrums unseres freiheitlichen Staates hat überzeugte Demokratinnen und Demokraten, uns Antifaschistinnen und Antifaschisten hierzulande, erbeben lassen. Die Fratze des Rechtsextremismus grinste selbstsicher von den Stufen des Berliner Reichstages, die verirrten Träger reichsbürgerlicher Fantasien im ideologischen Schlepptau.

Mutige Polizeibeamte haben dort nicht nur den Eingang eines Gebäudes gegen Eindringlinge verteidigt. Sie haben mit ihrem Einsatz einen verheerenden Schaden für Deutschland abgewendet. Völlig zurecht hat Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier diesen Kollegen persönlich gedankt, jedoch auch den gesamten Einsatz der Polizei an diesem befremdlichen und irritierenden Corona-Demo-Wochenende Ende August in bemerkenswerter Weise gewürdigt.

Wörtlich sagte Steinmeier: „Unsere Demokratie lebt – und kann sich ihrer Feinde erwehren. Sie, die Polizistinnen und Polizisten, haben dafür gesorgt, dass Zehntausende Menschen ihr Grundrecht auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit ausüben konnten. Wirksam und beherzt, aber ebenso maßvoll und angemessen haben Sie gezeigt, dass unser Rechtsstaat funktioniert. Als aber die Aufgaben willentlich und wissentlich missachtet wurden und Demonstranten zur Gewalt aufriefen, haben Sie unter äußerst schwierigen Bedingungen die Demonstration aufgelöst und das Recht durchgesetzt. Für Ihren Einsatz und Ihr vorbildliches Verhalten gebührt den Polizistinnen und Polizisten, großer Dank, Respekt und Anerkennung.“

Diese Wertschätzung erreicht die Polizei in einer für sie schwierigen Phase. Jeder polizeiliche Fingerzeig wird von kleineren, aber meinungsstarken Teilen unserer Gesellschaft argwöhnisch beäugt, ist per se mit Vorurteilen behaftet und Bewertungen ausgesetzt, die sachliche Kriterien ausblenden oder gar nicht erst benötigen. Niemand in der Polizei und niemand in unserer Gewerkschaft hält die Polizei für sakrosankt. Im Gegenteil. Beide halten an ihrem Credo fest, schon Gutes stets noch besser machen zu können. Dabei hilft konstruktive (Selbst-)Kritik.

Michael Zielasko
DP-Chefredakteur

Titel

- 6 Die fließenden Grenzen zum Rechtsterrorismus
- 10 Gefährlicher Teenagerterrorismus

Vor Ort

- 2 Nur ein attraktiver öffentlicher Dienst kann besser werden
- 3 GdP: Mehr Wertschätzung für die Polizei in unruhigen Zeiten
- 18 Natürlich kann unsere schon gute Polizei stets besser werden
- 31 Politische Botschaften mit unverwechselbarer Handschrift

Hingeschaut

- 4 Mutiger Einsatz verhindert abscheulichen Tabubruch
- 5 Massives Unverständnis über Entscheidung
- 24 Ein Blick nach Israel

Hinterfragt

- 32 Ein Versagen des Rechtsstaates?

Innenleben

- 5 Arbeitstreffen im Norden
- 14 Positionen und Pressekonferenz in petto
- 19 Mutmacher für den Alltag
- 36 Uns gibt es noch!
- 38 Eigentlich!
- 38 (K)Ein Buch mit sieben Siegeln

Kommentiert

- 12 „Wir decken keine Straftäter“
- 20 Wir sind doch die Guten – Zur Kritik(un-)fähigkeit der Polizei

Im Gespräch

- 16 Rassismus: auf den gesellschaftlichen Operationstisch!
- 29 Fehler besser managen

Forum

- 39 Lesermeinung
- 40 Impressum

RECHTSEXTREMISMUS

Der unterbundene Reichstagssturm, so könnte man etwas flapsig sagen, passte in die Redaktionsplanung, wie die Faust aufs Auge. Nach dem großen Linksextremismus-Schwerpunkt im Juli geht es in dieser Ausgabe um die Gefahr von rechts, die Bundesinnenminister Horst Seehofer als größte Bedrohung hierzulande einschätzt. Prof. Dr. Stefan Goertz hat sich für DP die gefährliche „Rechts“-Lage und deren Akteure genauer angeschaut. Der Titel ab Seite 6.

Vor Ort

TARIFRUNDE 2020

Nur ein attraktiver öffentlicher Dienst kann besser werden

Nach rund 120 Minuten war das erste Abtasten der Tarifparteien vorbei. Selbst robuste Optimisten hatten greifbare Ergebnisse von der Auftaktrunde der Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertreter, die sich über künftige Entgelte und Arbeitsbedingungen von etwa 2,3 Millionen Beschäftigten des öffentlichen Dienstes in Bund und Kommunen vereinbaren wollen, nicht erwartet. Mitte September ging es in Potsdam weiter (nach Redaktionsschluss).

Michael Zielasko

Was fordern die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes? Sie gingen mit einem erhöhten Entgelt von 4,8 Prozent beziehungsweise einem Mindestbetrag von 150 Euro – bei einer Laufzeit von zwölf Monaten – in die Anfang September begonnene „Tarifrunde Bund und VKA“.

Hand weit ausgestreckt

„Wir haben den Arbeitgebern mit einem vernünftigen Angebot die Hand weit ausgestreckt“, sagte René Klemmer, für Tarifpolitik zuständiges Mitglied des Geschäftsführenden Bundesvorstandes der Gewerkschaft der Polizei (GdP) am Rande von Beratungen der Gewerkschaftsseite noch vor dem offiziellen Startschuss. Angesichts der schwierigen Lage hierzulande forderte er von Bund und Kommunen, auf jegliche Polemik zu verzichten und von Beginn an ernsthaft zu verhandeln.

Klemmer setzt trotz aller im Vorfeld geäußerten Vorbehalte auf die neuen Gesichter

am Verhandlungstisch. „Es muss doch möglich sein, die aktuellen Bedingungen vorbehaltlos zu bewerten und sie mit dem in Einklang zu bringen, was die öD-Beschäftigten fordern“, betonte der Tarifexperte und fügte hinzu: „Und das tun sie zurecht. Sie haben mit viel Einsatz und hoher Motivation den Laden am Laufen gehalten.“ Mittlerweile sei der warme Applaus aus allerlei Ecken verklungen, stattdessen hätten die Haushälter wieder ihre gewohnte Abwehrhaltung eingenommen.

#guterlohnistsystemrelevant

Guter Lohn und gute Arbeitsbedingungen, so der GdP-Vize, seien genauso systemrelevant wie ein guter öffentlicher Dienst selbst. Und nur ein attraktiver öffentlicher Dienst könne nachhaltig besser werden. Klemmer verwies zwar auf die schwierigen Begleitumstände, unter denen die Tarifrunde ablaufen werde. „Der öffentliche Dienst hilft jedoch dabei mit, dass es in den stark ge-

Erhöhung der Entgelte um 4,8 Prozent beziehungsweise einen Mindestbetrag von 150 Euro

Laufzeit 12 Monate

Anhebung der Auszubildendenvergütung um 100 Euro monatlich

Angleichung der Arbeitszeit Ost an West (VKA), Anpassung der Arbeitszeit der Beamtinnen und Beamten des Bundes

Übernahmeregelung für Auszubildende

Verlängerung und Verbesserung der Altersteilzeitregelungen

Forderung nach Entlastung (zum Beispiel durch freie Tage) zeit- und inhaltsgleiche Übernahme für Beamtinnen und Beamte, Versorgungsempfängerinnen und -empfänger

beutelten Branchen so schnell wie möglich wieder aufwärts geht.“ Keine Beschäftigte und kein Beschäftigter hätten die großen, oft existenziellen Sorgen vieler Menschen – und auch die Gewerkschaften – nicht aus den Augen verloren. Ein Grund, den öD-Beschäftigten ihre verdiente Anerkennung zu verweigern, sei trotz der prekären Lage nicht zu erkennen. „Und das ist nun einmal spürbar mehr Lohn“, erklärte Klemmer.

Die in den ersten Gesprächen erkennbare Abwehrhaltung der kommunalen Arbeitgeber bezeichnete der GdP-Vize als ritualisiertes Vorgeplänkel. „VKA-Präsident Ulrich Mägde macht das, was von ihm erwartet wird. Davon werden wir uns nicht ins Bockshorn jagen lassen.“ Es werde sich am Verhandlungstisch schnell zeigen, dass der von den Arbeitgebern gezogene Corona-Trumpf verminderter Steuereinnahmen nicht stehen werde.

Neben der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di und der GdP verhandeln die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, die Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt sowie der Deutsche Beamtenbund und Tarifunion mit Bundesinnenminister Horst Seehofer als Vertreter des Bundes sowie der Vereinigung kommunaler Arbeitgeber (VKA). ■



Der Bundesvorstand der Gewerkschaft der Polizei mit „Gastgeber“, Innensenator Andy Grote (erste Reihe, 4.v.l.), in Hamburg, der Gründungsstadt der GdP.

ERKLÄRUNG DES BUNDESVORSTANDES DER GEWERKSCHAFT DER POLIZEI IN HAMBURG

GdP: Mehr Wertschätzung für die Polizei in unruhigen Zeiten

Anlässlich des 70-jährigen Bestehens hat die Gewerkschaft der Polizei (GdP) als das Sprachrohr von nahezu 200.000 Mitgliedern ihre unverbrüchliche Haltung für eine demokratische und friedliche Gesellschaft hierzulande bekräftigt. Von der Politik fordert die GdP Schutz, Rückendeckung und Unterstützung für die täglich schwierige Arbeit der mehr als 300.000 Polizeibeschäftigten in ganz Deutschland.

Eine im September auf der GdP-Bundesvorstandssitzung in Hamburg einstimmig verabschiedete Erklärung hat folgenden Wortlaut:

„Den Polizeibeschäftigten hierzulande gebührt – vor allem in diesen Pandemiezeiten – Anerkennung, Respekt und Wertschätzung. Die Kolleginnen und Kollegen sind da, wenn sie gebraucht werden. Daher genießt die Polizei in der Gesellschaft bei einer sehr großen Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger ein sehr hohes Vertrauen. Und sie rechtfertigt es, jeden Tag, zu jeder Stunde. Wie zuletzt bei dem mutigen, umsichtigen und konsequenten Einschreiten der Einsatzkräfte, die vor dem Hintergrund des Angriffs auf das Reichstagsportal am Rande der Corona-Demonstrationen in Berlin eine Erstürmung des Parlamentsgebäudes abwehren konnten.

Die GdP bezeichnet die anhaltende Gewalt gegen Polizistinnen und Polizisten in der Bundesrepublik als abscheulich. Unsere Kolleginnen und Kollegen erleben fast täglich Situationen, in denen ihnen unvermittelt Brutalität und Verachtung entgegen schlagen. Wer Polizeibeamtinnen und -beamte angreift, greift die Gesellschaft an.

Ein sofortiges Ende finden muss das Schüren und Institutionalisieren einer poli-

tischen Misstrauenskultur gegen die Polizei. Teile der Gesellschaft erkennen darin eine Legitimation für Angriffe. Die Folge dessen stellen brutale, menschenverachtende Attacken gegen Polizistinnen und Polizisten dar.

Die Gewerkschaft erwartet nach solchen Angriffen auf Polizistinnen und Polizisten eine zeitnahe und spürbare Bestrafung der ermittelten Verdächtigen. Die Gesellschaft und der Staat setzen damit ein deutliches Zeichen der konsequenten Ächtung dieser Gewalttaten.

Als besorgniserregend bezeichnet die GdP die augenscheinlich mangelnde Wertschätzung vieler Demonstrierender für das hohe Gut der Versammlungsfreiheit. Oft ignoriert wird: Die Polizei schützt das Demonstrationsrecht selbst derer, die es missbräuchlich einsetzen.

In einem gesellschaftlichen Reizklima sind politische „Rattenfänger“ bestrebt, unsere staatlichen Grundfesten zu untergraben. Diesen radikalen Kräften wird die GdP ständig offensiv entgegengetreten. Jede Form von Extremismus gefährdet den Zusammenhalt einer pluralistischen, offenen Zivilgesellschaft.

Die Diskussion über Polizeigewalt in den USA und die damit einhergehenden

Vorwürfe gegen Sicherheitsbehörden hierzulande haben in den vergangenen Monaten von einem geringen Teil der Bevölkerung zu einer Vorverurteilung eines ganzen Berufsstandes geführt. Die GdP fordert einen fairen und sachlichen Umgang mit der Polizei.

Vorschnelle Kritik ohne entsprechende sachliche Aufklärung und Einsatznachbereitung verunsichert die Bevölkerung. Verbunden ist dies mit einer fehlenden Akzeptanz polizeilichen Einsatzgeschehens – und einer Demotivation unserer Kolleginnen und Kollegen. Polizeiliches Einschreiten ist jederzeit rechtstaatlich überprüfbar. Vorwürfen gegen die Polizei muss weiterhin intensiv und transparent nachgegangen werden.

Die GdP steht für ihre Mitglieder ein, jedoch müssen Verstöße gegen die Verfassung nicht nur dienstrechtlich, sondern auch strafrechtlich verfolgt werden. Sie fordert zur Vorbeugung gegen extremistische Haltungen verstärkte Anstrengungen zum nachhaltigen Festigen der demokratischen Resilienz in den Sicherheitsbehörden. Die GdP stellt fest, dass wir eine über den Rechtsstaat stehende Kontrolle nicht brauchen.“ ■

Hingeschaut



Corona-Demo in Berlin: Fehlanzeige bei Abstand und Mund-Nasen-Bedeckung.

CORONA-DEMO

Mutiger Einsatz verhindert abscheulichen Tabubruch

Berliner Reichstag: Kurz nach den Treppentumulten um rechtsextremistische Teilnehmende der Corona-Demonstration am letzten August-Wochenende brach sich das Entsetzen über die verfassungsfeindlichen Embleme und Parolen auf den Stufen des zentralen Symbols der deutschen Demokratie Bahn. Widerlich und abstoßend sei das, erklärte der stellvertretende GdP-Bundesvorsitzende Jörg Radek am Morgen danach gegenüber der Presse. Er würdigte zugleich den konsequenten Einsatz der Polizeikräfte, die das Erstürmen des Parlamentsgebäudes hatten abwehren können. Deren mutiges Einschreiten habe einen abscheulichen Tabubruch verhindert.

Michael Zielasko

Erschreckend sei, dass sich rechtsextreme Gruppen ungestört unter die Demonstrierenden mischen konnten. Eine klare Distanzierung der Teilnehmenden habe er nicht wahrnehmen können, so Radek. „Die neuen Faschisten nutzen die ihnen bereitete Bühne und stellen sich mit großer Selbstsicherheit als gewaltbereite Feinde unserer freiheitlichen Grundordnung dar.“ Nach den Tumulten am Reichstagsgebäude befürchtet die Gewerkschaft der Polizei nunmehr eine weitere Radikalisierung des Widerstandes gegen die Pande-

mieverordnungen. „Die Rechten sind dabei, die Bewegung komplett zu kapern“, sagte der Gewerkschafter dem Nachrichtensender WELT. Es stehe in der Verantwortung aller Demonstrierenden, solche Gruppen erkennbar mit aller Konsequenz auszugrenzen.

Unschuld verloren

Seit den ersten Demonstrationen gegen die Auflagen verfestigte sich der Einfluss rechtsextremer Gruppen auf die Bewegung, beton-

te Radek. Die Gefahr sei groß, dass sich die Corona-Protestbewegung ähnlich entwickle wie die islamfeindliche Pegida-Bewegung. Auch bei Pegida habe am Anfang die Wut über politische Entscheidungen gestanden, gepaart mit hoher Anfälligkeit für rechtsextreme Einflussnahme. Seit diesem Wochenende habe die Anti-Corona-Bewegung ihre Unschuld endgültig verloren, sagte der GdP-Vize. „Jetzt kann niemand mehr sagen, er sei nur ein Mitläufer. Jeder, der jetzt noch dabei bleibt, muss sich die Frage stellen, ob er sich mit den Rechtsextremisten gemein machen und seine persönlichen Sorgen in der Corona-Krise mit den demokratiefeindlichen Zielen der Extremisten verbinden will.“

Mangelnde Wertschätzung der Versammlungsfreiheit

Als besorgniserregend bezeichnete Radek die augenscheinlich mangelnde Wertschätzung vieler Demonstrierender für das hohe Gut der Versammlungsfreiheit. Die Polizei schütze das Demorecht selbst derer, die es missbrauchen, noch bis zur absoluten Schmerzgrenze. „Wenn jedoch bewusst gegen wichtige Infektionsschutzauflagen verstoßen wird, sind meine Kolleginnen und Kollegen gezwungen zu reagieren.“ Kaum einer der Teilnehmenden hatte sich bei dem von der Polizei nach kurzer Zeit aufgelösten Aufzug an die geltenden Abstandsregeln gehalten. Auch der Aufforderung der Polizei, eine Mund-Nasen-Bedeckung zu tragen, widersetzte sich die weit überwiegende Mehrheit der Demonstrierenden.

Respekt

Unter dem Strich habe die Polizei am Berliner Corona-Demo-Wochenende einen gleichermaßen konsequenten, besonnenen wie ausbalancierten Einsatz absolviert, bilanzierte Radek. Angesichts schwieriger Rahmenbedingungen müsse man allen Polizeikräften großen Respekt zollen und Danke sagen. „Der demokratische Rechtsstaat hat verdeutlicht, dass er in der Lage und willens ist, im Rahmen der gesetzlichen Regeln selbst absurdesten Meinungen Raum zu lassen. Das zeichnet die Demokratie aus und macht sie stärker als ihre Feinde.“ ■

Innenleben

GdP UNTERWEGS

Arbeitstreffen im Norden

Im Rahmen einer Reihe von politischen Gesprächen der GdP mit Innenpolitikern trafen sich die stellvertretenden GdP-Bundesvorsitzenden Jörg Radek und Dietmar Schilff Ende August mit der Innenministerin des Landes Schleswig-Holstein. An dem einstündigen Gespräch nahmen Staatssekretär Torsten Geerds, Jürgen Herdes (Referent für Polizeifragen) sowie der GdP-Landesvorsitzende Schleswig-Holsteins, Torsten Jäger, teil.

Dr. Sütterlin-Waack ist die Vorsitzende des Innenausschusses des Bundesrates. Der Aufgabenbereich des Ausschusses für Innere Angelegenheiten ist nahezu identisch mit den Zuständigkeiten des Bundesministeriums des Inneren, Bau und Heimat (BMI). Die vielfältige Themenpalette des Gesprächs umfasste unter anderem die Polizeiarbeit in Pandemiezeiten, Rassismus- und



v.l.: GdP-Vize Dietmar Schilff, Ministerin für Inneres des Landes Schleswig-Holsteins (SH), Sabine Sütterlin-Waack, GdP-Vize Jörg Radek, Staatssekretär im Ministerium für Inneres des Landes SH, Torsten Geerds, schleswig-holsteinischer GdP-Chef Torsten Jäger.

Gewaltvorwürfe gegen die deutsche Polizei und die Stärkung des Verwaltungs- und Tarifbereichs der Polizei. Ein Schwerpunkt des Austausches waren die Auswirkungen der Föderalismusreform II aus dem Jahr 2005. Die negativen Folgen seien mehr als deutlich, konstatierten die GdP-Vertreter. Die Attraktivität der Polizei in den Ländern und beim Bund ist aufgrund dieser „Zerfledderung“ der ehemals weitgehend gleichen Voraussetzungen sehr unterschiedlich und lei-

det dort, wo die Negativliste eine nach oben offene Skala hat.

Die GdP-Vertreter appellierten an die Innenministerin in ihrer Funktion als Vorsitzende des Bundesrat-Innenausschusses, sich intensiv mit den Unterschiedlichkeiten – trotz gleicher Arbeit – zu befassen. Dr. Sütterlin-Waack sagte dies zu.

Die Devise der GdP ist und bleibt: „Gute Leute – Gute Arbeit – Gutes Geld“ und zwar überall! **DS**

Hingeschaut

DEUTSCHER PRESSERAT ZU „taz“-KOLUMNE

Massives Unverständnis über Entscheidung

Wolfgang Schönwald

Mit massivem Unverständnis hat die Gewerkschaft der Polizei (GdP) auf die Entscheidung des Deutschen Presserates reagiert, die Beschwerden wegen einer Kolumne der „tageszeitung“ (taz) über die Polizei als unbegründet zurückzuweisen. In dem Beitrag hatte eine Journalistin Polizistinnen und Polizisten mit Müll gleichgesetzt. „Damit wurde das Empfinden einer ganzen Berufsgruppe zutiefst verletzt, auch wenn wir die Pressefreiheit in unserem Land als ein hohes Gut

betrachten“, erklärte der stellvertretende GdP-Bundesvorsitzende Jörg Radek nach der Entscheidung im September am Rande einer GdP-Vorstandssitzung in Hamburg. Aus Sicht der Gewerkschaft seien in diesem Artikel, selbst wenn dieser angeblich als Satire verstanden werden sollte, die Grenzen der Meinungsfreiheit überschritten worden.

Die Autorin hatte Polizeibeschäftigte als Müll bezeichnet und sie auf eine Stufe mit Terroristen und Neonazis gestellt. Die Empörung in den Reihen der Gewerkschaftsmit-

glieder war daraufhin massiv. Die Gewerkschafter hatten die Kolumne vom 15. Juni 2020 unter dem Titel „All cops are berufsunfähig“ als böswillige Diskriminierung der Polizei scharf kritisiert.

Vor diesem Hintergrund hatte die GdP als größte Interessenvertretung der Polizeibeschäftigten hierzulande Beschwerde beim Deutschen Presserat eingelegt und das Gremium aufgefordert, sich mit dem Artikel „der tageszeitung“ zu beschäftigen. ■

Foto: BillionPhotos.com - stock.adobe.com





Szenerie mit widerwärtigen Botschaften am Rande des Wahlkampfauftritts der „Jungen Alternative“ (AfD) im Sommer 2019.

DIE GEFAHR VON RECHTS AUSSEN

Die fließenden Grenzen zum Rechtsterrorismus

Thomas Haldenwang, Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV), erklärte in den letzten Wochen wiederholt, Rechtsextremismus sei aktuell – und prognostisch auch für die nächsten Jahre – hierzulande die größte extremistische Bedrohung. Eine Aussage, die nicht nur die Zustimmung der Gewerkschaft der Polizei (GdP) fand. Prof. Dr. Stefan Goertz hat sich für DP die gefährliche „Rechts“-Lage und deren Akteure genauer angeschaut.

Prof. Dr. Stefan Goertz

„Die Neue Rechte macht im Internet das bisher Unsagbare salonfähig und bereitet damit analogweltliche Gewalt vor.“

Die Zahlen

Das Personenpotenzial hiesiger Rechtsextremisten stieg 2019 von 25.350 auf 33.430. Als gewaltbereit schätzen die deutschen Sicherheitsbehörden davon 13.000 ein. Die Gesamtzahl rechtsextremistischer Straftaten stieg um 9,7 Prozent im Vergleich zum Vorjahr auf 21.290 Delikte. 2019 verübten deutsche Rechtsextremisten 781 Körperverletzungen und 66 Widerstandsdelikte. Der Straftatbestand Volksverhetzung nahm von 4.652 auf 5.067 Fälle zu. Die Zahl der rechtsextremistisch motivierten Straftaten mit antisemitischem Hintergrund stieg um 17,1 Prozent auf 1.844 Taten.

„Staatsstreicherchester“ und „Cyber Reichswehr“

Seit Monaten beobachten die deutschen Sicherheitsbehörden den Versand rechtsextremistischer Erpressungsmails. Die elektronische Post verbindet massive Beschimpfungen sowie rassistische Äußerungen mit Erpressungsversuchen. Die Absendenden drohen beispielsweise, im Internet Waffen an Rechtsextremisten zu verkaufen oder, dass sie rechtsextreme Anschläge gegen Bezahlung begehen – wenn ihnen nicht eine hohe Geldsumme in einer digitalen Währung überwiesen wird.

2019 gingen E-Mails mit Bombendrohungen bei Gerichten, kommunalen Einrichtungen, anderen öffentlichen Einrichtungen sowie bei Politikern in ganz Deutschland ein. Die Absender firmieren beispielsweise unter den Bezeichnungen „Staatsstreicherchester“ und „Cyber Reichswehr“. Auch sind den Sicherheitsbehörden in den letzten Jahren immer wieder Informationssammlungen unterschiedlicher Art über politische Gegner von Rechtsextremisten bekannt geworden, die in der medialen Berichterstattung als „Feindes-“ oder „Todeslisten“ bezeichnet werden. Diese „Zusammenstellungen“ werden teils auf Websites online gestellt und dienen dem Aufbau einer Drohkulisse. Die Adressaten sollen eingeschüchtert werden.

Verstrickt

Ermittler des hessischen Landeskriminalamtes haben Informationen zu knapp über 80 rechtsextremistischen Drohschreiben, die mit dem Kürzel „NSU 2.0“ unterzeichnet seit Spätsommer 2018 an Empfänger versendet wurden. Es handelt sich um Drohmails, deren anonyme Verfasser sich auf die Morde der deutschen Rechtsterrorgruppe „NSU“ (Nationalsozialistischer Untergrund) berufen. Die Mails wurden von mehreren Mailadressen versendet. Die Polizei geht in einigen Fällen von Trittbrettfahrern aus, die wohl nichts mit den verantwortlichen

Haupttätern zu tun haben. Mindestens drei Drohschreiben sollen jedoch Informationen enthalten, die zuvor durch Datenabfragen in hessischen Polizeistellen gewonnen wurden. Polizeibeamte sollen auf Polizeicomputern unerlaubt Daten abgefragt und rechtsextremistische Drohungen versendet haben. Bisher wurden im Rahmen der rund zweijährigen Nachforschungen fünf Polizeibeamte vorläufig vom Dienst suspendiert, gegen mehrere Dutzend weitere wird noch ermittelt.

Rechte Agitation im Internet

Rechtsextremistische Akteure und Gruppierungen nutzen das Internet zur Informationsvermittlung, Meinungsbildung, Vernetzung und Propaganda. Dazu gehört eine im Internet um die Meinungshoheit wetteifernde Vielzahl von „Influencern“ und „Trollen“. Diese leisten einen Beitrag zur Verrohung der Sprache und Konsensverschiebung im öffentlichen Diskurs. Die Tatsache, dass das Internet das von Jugendlichen mit Abstand am häufigsten genutzte Medium ist und es aufgrund seiner Verbreitungsmöglichkeiten und einer zum Teil fehlenden Kontrollinstanz ein ideales Medium für rechtsextremistische Inhalte darstellt, birgt ein besonderes Gefahrenpotenzial für diese Altersgruppe. Womöglich wird dadurch ein Einstieg in die rechtsextremistische Szene begünstigt. Weil weltweit genutzte Social-Media-Plattformen wie Facebook und Twitter zunehmend rechtsextremistische Inhalte löschen und Nutzerprofile sperren, dienen Video- und Gaming-Portale im Internet als Alternativen. Diese Nischen und Schlupflöcher bieten Anonymität, werden nicht „moderiert“ und können so für Propaganda oder Provokationen genutzt werden. Entsprechende Videobotschaften erreichen in kürzester Zeit eine sehr hohe Zahl von Empfängern. Daher dürften Gaming- und Videoplattformen ebenso wie andere alternative Plattformen wie sogenannte Imageboards für die rechtsextremistische Szene immer bedeutender werden.

In der Auseinandersetzung um die Diskurshoheit erschaffen Rechtsextremisten mit Nachrichtenseiten und Blogs eine „alternative“ mediale Öffentlichkeit. Daneben versuchen sie, durch die von „Hatern“ und „Troll-Armeen“ über soziale Medien plat-



Halle: Friedliche Sitzblockade bei einer Veranstaltung des inzwischen aufgelösten AfD-„Flügel“ am Wohnort des Betreibers des „Instituts für Staatspolitik“, mittlerweile rechtsextremistischer Verdachtsfall.

zierte und koordinierte Provokation Aufmerksamkeit auf eigene Narrative zu lenken und den demokratischen Diskurs zu manipulieren. Charakteristisch und zugleich neu ist, dass sich sowohl Rechtsextremisten, Rechtspopulisten als auch Provokateure, die sich politisch nicht positionieren, auf einer Aktionsplattform innerhalb eines inhomogenen Milieus treffen und gemeinsam agieren.

Die Neue Rechte

Zeitnah hat Verfassungsschutz-Präsident Haldenwang die Neue Rechte als „Super-spreeder“ von Hass, Radikalisierung und Gewalt bezeichnet. Diese rechte Strömung oder Szene konstruierte Politiker und Beamte zu Sündenböcken und schüre Hysterien und Feindbilder durch Desinformation und Verschwörungsfantasien. Zudem arbeiteten sie mit fremdenfeindlichen – darin insbesondere eine sehr starke Islamfeindlichkeit –, rassistischen und antisemitischen Ideologieelementen. Zur „Neuen Rechten“ gehören nach Einschätzung der deutschen Sicherheitsbehörden aktuell die „Identitäre Bewegung Deutschland“ (IBD), das „Institut für Staatspolitik“ – seit April 2020 vom BfV als Verdachtsfall Rechtsextremismus eingestuft –, die AfD-Teilorganisationen „der Flügel“ und die „Junge Alternative für Deutschland“ als rechtsextremistische Verdachtsfälle, die „Compact-Magazin GmbH“ und der Verein „Ein Prozent“. Die Mitglieder dieser Szene inszenieren sich als neuer politischer Akteur, der vorgeblich einen „mutigen Tabubruch“ vollzieht und „aufräumt“. Die Neue Rechte macht im Internet das bisher Unsagbare salonfähig und bereitet damit analogweltliche Gewalt vor. Deren rechtsextremistische Protagonisten wollen mit einer „Kulturrevolution von rechts“ einen grundlegenden politischen Wandel vorantreiben. Die entscheidenden politischen Werte und Ziele der Neuen Rechten sind „Elite, Führung, Nation, Natur, Ordnung, Rasse und Volksgemeinschaft“. Diesen Werten gegenüber stehen Gleichwertigkeit, Individualitätsprinzip, Liberalismus, Menschenrechte, Parlamentarismus, Parteidemokratie und Pluralismus. Um das Ziel der Diskursverschiebung oder der „kulturellen Hegemonie“ (nach dem italienischen Schriftsteller und Politiker Antonio Gramsci) zu errei-



Höchste Vorsicht geboten: Die Identitären gegen Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und völkischem Denken ein neues, vermeintlich harmloses, weiches Gesicht.

chen, greift die Neue Rechte auf Strategien der Kommunikationsguerilla zurück: auf Flashmobs, Besetzungen (zum Beispiel des Brandenburger Tors) und andere Aufmerksamkeit erregende Aktionen.

Die Identitäre Bewegung Deutschland (IBD)

Die IBD steht beispielhaft für jüngste Entwicklungen im deutschen Rechtsextremismus. Sie hebt sich nicht nur organisatorisch von den klassischen Parteistrukturen wie der NPD ab, sondern unterscheidet sich auch ideologisch und in ihren Aktionen von der neonazistischen und der subkulturell orientierten rechtsextremistischen Szene. Die Identitären repräsentierten einen „modernen“ Rechtsextremismus, der mit einem Themenkanon aus Anti-Islam, Anti-Asyl und Anti-Establishment versucht, bis weit in breite gesellschaftliche Kreise hinein anschlussfähig zu sein. So werden Begriffe wie Rasse und Volksgemeinschaft durch unverfängliche Begriffe wie Ethnie, Identität und Kultur ersetzt. Diese werden im europäischen Kontext zum Konzept einer „ethnokulturellen Identität“ umgedeutet, die es zu verteidigen gelte – nach dem Motto der IBD: „Nein zur Islamisierung! Wehr Dich, es ist dein Land!“

Die IBD erlangte zunächst online einen höheren Bekanntheitsgrad. Später trat sie

mit Flashmobs und Transparentaktionen in Erscheinung. Intensiv nutzt diese Gruppe geläufige soziale Netzwerke und verbreitet dort Berichte, Videos und Bilder ihrer Aktionen. Über Messenger-Dienste wie Telegram vernetzen sich Mitglieder und Sympathisanten und interagieren untereinander.

Faschistoider Größenwahn

„Wir sind die Generation des ethnischen Zusammenbruchs, des totalen Scheiterns, des ‚friedlichen Zusammenlebens‘ und der aufgezwungenen Vermischung. Wir glauben nicht mehr daran, dass ‚Mehmet‘ jemals unser Freund wird, wir haben aufgehört an ein globales Dorf zu glauben; und daran dass die Menschheit eine Familie ist. Unser einziges Erbe ist unser Land, unser Blut, unsere Identität.“

Diese „klare“ Botschaft veröffentlichte die IBD auf Facebook.

Und das Klagemanifest geht noch weiter: Sie seien die Bewegung, deren Generation doppelt bestraft wäre: „Verurteilt, in ein Sozialsystem einzuzahlen, das durch die Fremden so instabil wird, dass es unseren Kindern schon nichts mehr nützt.“ Sie dagegen seien die Bewegung, die auf deren Identi-



DP-Autor Dr. Stefan Goertz

hat mit der akademischen Ausarbeitung ist Professor für Sicherheitspolitik mit den Schwerpunkten Extremismus- und Terrorismusforschung an der Hochschule des Bundes, Fachbereich Bundespolizei, in Lübeck.

Foto: M. Frauenkron

tät, deren Erbe, deren Volk und deren Heimat schaue „und mit gestärktem, aufrechten Gang in die Zukunft gen Sonnenaufgang marschiert“.

Und sie erklären auf unsägliche Weise ihren Vorsprung vor den anderen, schließlich strengten sie sich in Sommerlagern, beim Bergsteigen oder Kampfsport an. Sie könnten auch Schläge einstecken. Sie seien „eine Bewegung der Härte, des Schweißes und der Selbstüberwindung“.

Und sie entlarven ihre faschistoide Attitude gänzlich mit der Ansage: „Wir sind die Zukunft. Glaubt nicht, das hier wäre nur ein Manifest, es ist eine Kriegserklärung an diejenigen, welche ihr Volk, ihr Erbe, ihre Identität und ihr Vaterland hassen und bekämpfen! Ihr seid von gestern, wir sind der Morgen!“

Höhnischer Tonfall

Der gezielte Tabubruch ist ein Stilmittel der Identitären. Gestreute Desinformation leitet ihr Handeln. Angstmache und die provokative Verhöhnung von Political Correctness sind ihr Umgangston. Doch es ist höchste Vorsicht geboten. Wenn sie sich äußern, klingt Ihre Sprache gebildet, und zielt doch zugleich auf die Jugend. Ihre Selbstdarstellung ist popkulturell geprägt und medial professionell inszeniert. Ihre Botschaften sind simpel, ihre Wortwahl ist provokant und pseudointellektuell. Ihre Aktivisten inszenieren sich als jung und modern. Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und völkischem Denken geben die Identitären ein neues, vermeintlich harmloses, weiches Gesicht.

Vielfalt im Fadenkreuz

Die IBD propagiert das Konzept des Ethnopluralismus. Dieser stellt sich nach ihrer kruden Idealvorstellung einer staatlichen beziehungsweise gesellschaftlichen Ordnung in einem ethnisch und kulturell homogenen Staat dar. Wenig überraschend sehen die „Identitären“ die ethnokulturelle Identität hierzulande durch den Multikulturalismus massiv bedroht. Die „unkontrollierte Massenzuwanderung“, so ihre Behauptung, führe zu einer (unerwünschten) Heterogenisierung der Gesellschaft. Die Lösung erkennt die Gruppierung darin, im Rahmen

ihrer „Remigrations“-Kampagnen Maßnahmen zur Umkehrung der Flüchtlingsbewegungen und die Rückführung von Migranten in die Heimatländer zu fordern. Natürlich steht auch die deutsche Asylpolitik im Zentrum der Kritik, denn die fördere ja den „Großen Austausch“. Und das ist ein zentrales, ideologisches Verschwörungsgebilde der IBD. Sie wollen glaubhaft machen, dass eine nicht näher bestimmte Elite den Austausch der einheimischen Bevölkerung gegen Migranten zum Ziel habe. Als „Abfallprodukt“ dessen könnte sicherlich die gleichzeitige pauschale Warnung der IBD vor einer „Islamisierung“ Deutschlands bezeichnet werden.

(Nur) Unter Verdacht

Stichwort „Alternative für Deutschland (AfD)“: Das Bundesamt für Verfassungsschutz hat nach intensiver Prüfung den AfD-Personenzusammenschluss „Der Flügel“ sowie die offizielle AfD-Jugendorganisation, die „Junge Alternative für Deutschland“ (JA), zu rechtsextremistischen Beobachtungsobjekten (Verdachtsfälle) erhoben. Die ideologischen Standpunkte des „Flügels“ ergeben sich nach Analyse der Verfassungsschützer vor allem aus den Reden seiner exponierten Funktionäre sowie aus Verlautbarungen über die offiziellen Kommunikationskanäle. Das durch den „Flügel“ propagierte Politikkonzept wiederum ist auf Ausgrenzung, Verächtlichmachung und letztlich weitgehende Rechtlosstellung von Migranten, Muslimen und politisch Andersdenkenden gerichtet. Nach Darstellung von „Flügel“-Funktionären ist das „Überleben“ des – biologisch definierten – „deutschen Volkes“ durch die gegenwärtige Regierung bedroht. Wie ein roter Faden durchzieht die Reden von „Flügel“-Funktionären daher die Warnung vor einer vermeintlich bevorstehenden „Abschaffung“ und „Auflösung“ Deutschlands.

Nicht integrierbare Migranten

Nach BfV-Auffassung gelten dem „Flügel“ „kulturfremde Migranten“ durchweg als nicht integrierbar, weswegen ihnen eine Bleibeperspektive konsequent zu verwehren sei. Diese These wird durch pauschal flüchtlings- und muslimfeindliche Äußerungen

verstärkt, indem Migration zu einem „Zivilisationsbruch“ führen würde. Bezogen auf finanzielle, ökonomische und soziale Folgen käme das für die einheimische Bevölkerung einem Krieg gleich. Nicht zu vergessen: Die Position des „Flügels“ zum „Dritten Reich“ ist von einem geschichtsrevisionistischen, die nationalsozialistischen Gewaltverbrechen relativierenden beziehungsweise ausblendenden Ansatz geprägt.

Die ideologischen Standpunkte der „Jungen Alternative für Deutschland“ lassen sich neben den Äußerungen von Funktionären und Mitgliedern auch aus den verabschiedeten Programmen ableiten. Deren Ideologie sei, so das BfV, durch einen ethnisch-kulturell geprägten Volksbegriff bestimmt, der im Widerspruch zur Offenheit des Staatsvolkverständnisses des Grundgesetzes stehe. Daneben fänden sich islam- und muslimfeindliche Einstellungen in der Jugendorganisation wieder, denen mit aggressiver Rhetorik Nachdruck verliehen werde. Anhaltspunkte für JA-Bestrebungen, die sich gegen das Demokratie- und Rechtsstaatsprinzip richteten, kämen ebenfalls zum Ausdruck.

Unter dem Strich

BfV-Präsident Haldenwang zeigte sich bei der Vorstellung des aktuellen Verfassungsschutzberichts in „großer Sorge“ – vor allem wegen der „exorbitant gestiegenen Gewalt“ deutscher Rechtsextremisten. Die befänden sich im Wettstreit um den Anschlag mit der höchsten Opferzahl: Es geht hier Haldenwang zufolge darum, den „Highscore der meisten Toten zu brechen“.

Innerhalb von neun Monaten verübten Attentäter hierzulande drei rechtsterroristische Anschläge – der Mord an dem Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke, der Anschlag auf eine Synagoge im sachsen-anhaltischen Halle mit zwei Toten und weiteren, teils schwerverletzten Opfern sowie der Anschlag in Hanau, bei dem zehn Menschen getötet wurden.

Die Radikalisierungshintergründe der drei Täter verdeutlichen, dass der Übergang von Rechtsextremismus zu Rechtsterrorismus fließend sein kann – was die deutschen Sicherheitsbehörden vor erhebliche Probleme stellt, rechtsterroristische Attentäter und geplante Anschläge rechtzeitig zu erkennen. ■

Titel



Foto: Bailey - stock.adobe.com

DIE „FEUERKRIEG-DIVISION“

Gefährlicher Teenagerterrorismus

Zunehmend fühlen sich junge Menschen, gar Teenager, von online kursierenden Hass- und Gewaltfantasien angezogen. Subkulturelle Parallelwelten kennen offenbar keine nationalen Grenzen und kein Mindestalter für solche Aktivitäten, die konkret Anlass zur Strafverfolgung und Terrorismusprävention bieten.

Dr. Florian Hartleb

Ein 13-jähriger als Kommander

Ein Fall, der im April über die estnische Wochenzeitung „Eesti Ekspress“ bekannt wurde. Diese beruft sich auf den Inlandsgeheimdienst und eine geleakte, öffentlich einsehbare Website via dem Medienportal „Unicorn Riot“. Dort sind die Chatprotokolle veröffentlicht. Ein 13-jähriger war demnach offenkundig Anführer, in Eigenbezeichnung „Kommander“ oder „Kriegsherr“ (auf Deutsch) eines international, auch in

Deutschland operierenden Terrornetzwerkes, die sogenannte Feuerkrieg-Division, kurz FKD. Diese bestand aus circa 30 Mitgliedern und beschäftigte zuletzt auch deutsche Ermittler. Nun hat man im kleinen Estland, einem Land im Nordosten Europas mit lediglich 1,3 Millionen Einwohnern, einen Drahtzieher oder Rädelsführer ausfindig machen können. Das Alter macht stutzig. Eine derartig frühe Radikalisierung ist erstaunlich, zumal der Junge schulisch als unauffällig galt und weitaus „reifer“ als sein natürliches Alter wirkte. Als Anführer setz-

te er ironischerweise das Eintrittsalter auf 16 Jahre. Dass er selbst unter dieser Schwelle lag, fiel nicht weiter auf.

Gewetzte Messer

Die Gruppe, die nach dem Vorbild der Atomwaffen-Division aufgebaut war und sich darauf bezog, kommunizierte über den Messenger-Dienst Telegram. Die US-amerikanische Atomwaffen-Division gilt nach Angaben des Federal Bureau of Investigation (FBI) als hochgradig gefährlich und umfasst zwischen 40 und 80 Aktivisten.

Im Sommer 2018 tauchte hierzulande ein Rekrutierungsvideo im Internet auf. Darin ließ sich ein verummter Mann mit technisch verzerrter Stimme über den Nationalsozialismus aus und sprach von „gewetzten Messern“. Zahlreiche Drohmails, etwa an die Grünen-Politiker Claudia Roth und Cem Özdemir, trugen den Absender der Atomwaffen-Division. Dass die Aktionen mehr als nur schlechte Scherze von Internettrollen sind, machen nicht nur die Schreiben deutlich. Im Mutterland, in den USA, wurden Morde bekannt. So erschoss der 17-jährige Nicholas Giampa im Dezember 2017 in Virginia die Eltern seiner Freundin. Diese wollten ihm den Kontakt zu ihrer Tochter verbieten. Er plante eine „weiße Revolution“ und leugnete den Holocaust.

Ein Ableger der Atomwaffen-Division, die „Sonnenkrieg-Division“, wurde im Februar 2020 in Großbritannien als „terroristische Organisation“ eingestuft und verboten. Unter anderem seien Anschläge auf Polizisten geplant gewesen. Im Sommer 2019 wurden bereits ein 18- und ein 19-jähriges Mitglied festgenommen.

Mehr als nur Worte

Konzepte für den rechten Terror gehen stark von den USA aus. Das gilt für die „lone wolves“, die Einsamen Wölfe, die allein los schlagen sollen, wie für kleine Zellen. Inspirationsquelle für die „Divisionen“ ist der US-amerikanische Neonationalist James Mason, der in den 1980er-Jahren Ideen wie den „führungslosen Widerstand“ („Leaderless resistance“) entwickelte und unter dem Titel „Siege“ Texte zusammenfasste. Diese erfuhren unter der Jugendsubkultur ein

Comeback, als sie im 2017 verbotenen „Iron Match-Forum“ auftauchten, in dem bis zu 1.600 Menschen registriert waren. Imageboard und Kommunikationswege von Gamern sorgten für Verbreitung von „Siege“. In diesem Kontext gründete sich die Atomwaffen-Division.

Dabei geht es sehr stark um White-Supremacy, die Überlegenheits-Ideologie der weißen Rasse. Ziel solle es demnach sein, die Gesellschaft durch gewalttätigen politischen Aktivismus zu destabilisieren – nicht in großen Gruppen, sondern in kleineren Zellen. Als Feindbilder gelten Juden, Schwarze, Muslime, Politiker und Polizisten. Auch die Feuerkrieg-Division berief sich stark auf „Siege“, plante konkrete Anschläge, rief einen Rassenkrieg mit Anschlägen gegen Moscheen und Synagogen aus und gab vor, das politische wie kulturelle System zu „reparieren“.

Anleitungen zum Bombenbau

Der Junge aus einem kleinen estnischen Dorf, dessen Identität aus Jugendschutzgründen nicht enthüllt wird, teilte Anleitungen zum Bombenbau und schlug konkrete Anschlagziele vor. Insbesondere jüdische Ziele standen zur Debatte. So schrieb der Kommander unter anderem auf Englisch: „Wie mit den Nazis endet die Geschichte immer damit, dass es sich um die Juden dreht. Wir haben in Estland nur eine Synagoge. Aber ich werde nicht aufgeben. Wir haben (in der Hauptstadt Tallin; Anmerkung des Verfassers) eine jüdische Schule und im gleichen Gebäude ein Gemeinschaftszentrum“ (sinngemäß übersetzt).

Im Chatforum der Feuerkrieg-Division schlug der Este eine Priorisierung der Feinde nach zehn Abstufungen vor: „Erstens Polizisten, Politiker, Rassenverräter, zweitens Juden, drittens Libertäre, viertens Konser-

vative, fünftens Kommunisten, sechstens Liberale, siebtens Furries (Sammelbegriff für eine internationale Subkultur, die an anthropomorphen Tieren in Schrift, Bild und Ton interessiert ist.), achtens „Negroes“ (Schwarze), neuntens Homosexuelle und zehntens Transsexuelle. Außerdem gab der 13-jährige die Adressen der Rechtsterroristen Anders Behring Breivik und Brenton Tarrant, die nach akribischer Planung als Einzeltäter Dutzende Menschen ermordeten, bekannt – man soll ihnen Geburtstags- und Weihnachtskarten schicken.

Waffennarr und Sicherheitsfanatiker

Bezüge gibt es auch zu Deutschland. Dem Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ liegen Chatprotokolle vor, nach denen mindestens sechs Personen aus Deutschland zu FKD gehören. Immer wieder mischt sich deutscher Inhalt auf den Telegramkanälen, in denen vornehmlich auf Englisch kommuniziert wurde. Auch die Ermordung des Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke fand positive Erwähnung. Anfang Februar konnte im bayerischen Landkreis Cham ein 22-jähriger festgenommen werden, der mit der Feuerkrieg-Division in Verbindung steht. Waffen wurden beschlagnahmt. Die Generalstaatsanwaltschaft München erklärte, er sei der Vorbereitung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat dringend verdächtig. Er posierte auf Fotografien maskiert – mit seinem selbstgebauten Gewehr und Hilters „Mein Kampf“.

Wie Stephan Balliet, der Attentäter von Halle, war er zuvor nicht als rechtsextrem aufgefallen und hatte keine Bezüge zur regionalen Neonaziszene. Er radikalisierte sich offenbar allein durch rechtsextreme Chatgruppen im Internet. Er arbeitete bis zu seiner Festnahme als Elektriker im Schicht-

dienst in einem mittelständischen Betrieb. Sicherheitskreise beschrieben ihn als „Waffennarr“ und „Sicherheitsfanatiker“. Er hatte sich kurz zuvor für einen Job im IT-Bereich der Bundeswehr beworben.

Auch Balliet wollte zur Bundeswehr. Chatverläufe bei Telegram verdeutlichen die Gewaltbereitschaft der übrigen FKD-Mitglieder, die etwa mitteilten: „Wir haben keine Angst vor dem Tod und töten jeden, der sich uns in den Weg stellt“. Offiziell hat sich die Feuerkrieg-Division mittlerweile aufgelöst. Das dürfte aber nicht dafür sorgen, dass rechtsterroristische Zellen weiter übergreifend und auch in Deutschland agieren.

Terroristen sind Kinder ihrer Zeit

Präventivansätze müssen dringend überdacht werden, um dieser neuen Bedrohung Herr zu werden. Terroristen sind Kinder ihrer Zeit: Dazu gehören offenbar auch Teenager. Das Netzwerkdurchsuchungsgesetz (NetzDG), das sich gegen Hasskriminalität richtet, gilt nicht ohne Grund als „Facebookgesetz“. Messenger-Dienste wie Telegram, die etwa die Feuerkrieg Division nutzte, sind im NetzDG ausgenommen. Das gilt auch für die geplanten Verschärfungen. Man sieht an dem Beispiel der Divisionen, das hausgemachter („homegrown“) Terrorismus international inspiriert und vernetzt ist.

Der Attentäter von München, der 18-jährige David Sonboly, der im Juli 2016 neun Menschen mit Migrationshintergrund ermordete, war etwa über die Spieleplattform „Steam“ mit einem Täter in New Mexico vernetzt, der eineinhalb Jahre später „losschlug“. Umsichtige Polizeiarbeit kann Terroranschläge verhindern, wie das Beispiel der Feuerkrieg Division zeigt. Der deutsche Aktivist wurde wegen seiner Chatäußerungen gefasst. Das gilt auch für den Jungen aus Estland. ■

ANZEIGE

X-MAL MEHR MÖGLICHKEITEN

Chatten, teilen, streamen – ohne an den Datenverbrauch zu denken:

Allnet-Flat und das größte 5G-Highspeed-Netz für Sie und Ihre Familie

Tarife und Top-Smartphones zum Vorteilspreis: Jetzt informieren!

- Mitarbeiter-Online-Shop: www.telekom.de/gewerkschaften-mitarbeiterangebot
- Mitarbeiter-Hotline: 0800 3300 34531
- E-Mail: rv-mitarbeiterangebote.gk@telekom.de
- Ihre Vorteilsnummer: MA023



ERLEBEN, WAS VERBINDET.

In Kooperation mit



GdP-Plus Partner

Kommentiert



Hessens Innenminister Peter Beuth bei der Pressekonferenz zum Rücktritt des Landespolizeipräsidenten Udo Münch Mitte Juli in Wiesbaden.

HESSISCHE POLIZEI IM FOKUS

„Wir decken keine Straftäter“

Das „traditionelle“ Sommerloch in der medialen Berichterstattung fiel dieses Jahr aus – zumindest in Hessen. Anlässe für Schlagzeilen, die die Presse- und Öffentlichkeitsabteilungen der hessischen Gewerkschaft der Polizei (GdP) und des GdP-Bundesvorstandes enorm forderten, gab es genug. Es waren und sind gleichwohl turbulente wie schwere Zeiten für die Polizei.

Andreas Grün

GdP-Landesvorsitzender Hessen

Die Drohmailaffäre

2018 hatte die Frankfurter Rechtsanwältin Seda Basay-Yildiz Drohmails gegen ihr Leben erhalten. Unmittelbar zuvor waren ihre persönlichen Daten von einem Polizeicompu-

ter abgerufen worden. Dann fielen in diesem Juli erneut zwei von einem Polizeicomputer ausgeführte und unberechtigte Datenabfragen auf. Betroffen waren die Linke-Fraktionsvorsitzende im Hessischen Landtag, Janine Wissler und die Berliner Kabarettistin Idil Baydar, deren persönliche Daten für un-

mittelbar nach der Abfrage versendete Drohmails gegen ihr Leben missbraucht wurden.

Es handelt sich um Straftaten, die vor allem in der Diskussion um Rechtsextremismus in der Polizei geeignet sind, die gesamte hessische Polizei zu diskreditieren. Die Vorwürfe, es gebe wohl doch rechtsextreme Netzwerke innerhalb der hessischen Polizei, werden durch solche Taten in der öffentlichen Darstellung selbstverständlich befeuert. Und dass die Polizei bisher bei den zweifellos schwierigen Ermittlungen noch keinen Erfolg vorweisen konnte, erklärt sich in der öffentlichen Berichterstattung ganz einfach: „Rechtsextremismus bei der Polizei: Im Schutz des Schweigekartells. Bei vielen Polizisten scheint Corpsgeist stärker ausgeprägt zu sein als der Wille, nationalsozialistische Umtriebe in den eigenen Reihen zu stoppen. Das muss sich radikal ändern“, forderte die „Frankfurter Rundschau“ Mitte Juli in einem Leitartikel.

Bei der Berichterstattung erfahren wir eine aggressive Emotionalisierung. Ganz gleich, ob man die Fakten kognitiv nicht sehen kann und emotional nicht sehen will. Natürlich liefert die Polizei innerhalb der Organisation die Anlässe zur kritischen Berichterstattung. Investigativer Journalismus und die Kontrolle durch die Parlamente und Gerichte gehören zum Selbstverständnis der Polizei im Rechtsstaat.

Dennoch lasten die illegalen Abfragen von Polizeicomputern und das anschließende Versenden von Drohmails – von wo auch immer – schwer auf dem Rücken von rund 15.000 unbescholtenen hessischen Polizistinnen und Polizisten. Sie trotzen den zunehmenden Anfeindungen und der Gewalt gegen sie, und machen das, wofür sie ihren Beruf gewählt haben: Sie schützen die Bürgerinnen und Bürger. Für diese Ihrer Berufung nachgehenden Polizistinnen und Polizisten erhebt die Gewerkschaft der Polizei – vor allem in diesen Tagen – ihre Stimme. Als hessische GdP wissen wir um das kollektive Unbehagen in der Truppe, und wir spüren es. Einige wenige haben es in massiv konzentrierter Form auf die gesamte Polizei übertragen.

Fakt ist: Wir steuern nach einem klar demokratischen und rechtsstaatlichen Kompass. Fakt ist: Wir decken keine Straftäter innerhalb der Polizei. Schon gar nicht solche, die durch extremistische oder rassistische Taten der gesamten Polizei erhebli-

chen, womöglich nachhaltigen Schaden zufügen. Solche Personen haben in der Polizei nichts zu suchen. Wir, Polizei und GdP, wollen sie nicht. Die Polizei wird daher in ihren Ermittlungen nichts unversucht lassen, um diese extremistischen Straftäter zu identifizieren und zur Verantwortung zu ziehen.

Der Rücktritt

In diese schon ohnehin schwierige Lage platzte Mitte Juli noch der Rücktritt von Landespolizeipräsident Udo Münch. Losgelöst von der Frage, wer für was letztlich verantwortlich zeichnete, war dies in der öffentlichen Wahrnehmung ein weiterer Schlag ins Kontor einer bereits angeschlagenen Polizei. Das Ausscheiden Münchs ist für die weit überwiegende Mehrheit der hessischen Polizistinnen und Polizisten schwerlich nachvollziehbar. Den ranghöchsten Polizisten des Landes muss selbst ein neutraler Beobachter als akribischen Arbeiter bezeichnen. Münch hatte die Aufklärung der NSU-2.0-Affäre zur Chefsache gemacht. Ich selbst hatte mit ihm in den letzten Monaten kein Gespräch geführt, in dem es nicht immer wieder um dieses uns aufwühlende Thema ging. Münch quoll der Wille zur Aufklärung förmlich aus jeder Pore. Der ihm gegenüber geäußerte Vorwurf, er habe eine wichtige Nachricht mit entsprechender politischer wie ermittlungsrelevanter Brisanz ganze vier Monate unterdrückt, oder sie vergessen weiterzugeben, ist zumindest mir rational nicht erklärbar.

Im Zusammenhang mit den Schuldzuweisungen über vermeintlich nicht eingehaltene Meldewege war jedenfalls die harsche Kritik von Innenminister Peter Beuth an der Leitungsebene des Landeskriminalamtes in solch schwerer See wahrlich nicht geeignet,

„
Münch quoll der Wille zur Aufklärung förmlich aus jeder Pore. Der ihm gegenüber geäußerte Vorwurf, er habe eine wichtige Nachricht mit entsprechender politischer wie ermittlungsrelevanter Brisanz ganze vier Monate unterdrückt, oder sie vergessen weiterzugeben, ist zumindest mir rational nicht erklärbar.

verlorengegangenes Vertrauen bei Bürgerinnen und Bürgern zurückzugewinnen.

Die Sondersitzung

21. Juli: Die mit dringlichen Berichtsansträgen gespickte Sondersitzung des Innenausschusses (INA) fand ein bundesweites Medieninteresse. Scharen von Journalisten machten sich auf in den Hessischen Landtag. Viel Neues gab es allerdings nicht zu erfahren. Die Zahl der bisher registrierten Drohmails, Faxe und Briefe wurde mit Tagesstand auf insgesamt 69 beziffert. Vor al-

lem in den letzten Tagen vor der INA-Sitzung nahm die Zahl der elektronischen Drohpost schon fast inflationär zu. Minister Beuth wie auch der Leitende Oberstaatsanwalt, Dr. Albrecht Schreiber, beantworteten die INA-Fragen, soweit dies die laufenden Ermittlungen nicht gefährdete. Die Feststellung des Innenministers aber, dass im Falle der illegalen Abfragen an Wiesbadener Polizeicomputern, Monate ins Land gegangen waren, bis eine wenigstens disziplinare Befassung dokumentiert werden konnte, leistete den Spekulationen der Oppositionsparteien gehörig Vorschub. Noch beklemmender war Schreibers Darstellung, die Corona-Pandemie hätte eine frühere Vernehmung verhindert.

Wenigstens einmal hatte sich in dieser INA-Sitzung die Staatsanwaltschaft klar positioniert und die Ermittlungspraktiken sowie die Zusammenarbeit zwischen Staatsanwaltschaft und Polizei für Dritte verständlich dargestellt. In der Vergangenheit jedoch duckte sie sich in diesem Verfahren öffentlich weg. Deshalb ist die Rolle der Staatsanwaltschaft als Herrin des Verfahrens zu kritisieren. Erstmals Mitte Juli hat sich die Staatsanwaltschaft öffentlich in einer Pressemitteilung zum Verfahrensstand geäußert. Es wäre sicherlich hilfreicher gewesen, wenn die Staatsanwaltschaft selbst sukzessive mit öffentlichen Erklärungen über den Fortgang der Ermittlungen berichtet und so den Druck von der Polizei genommen hätte, die wegen der sehr schwierigen Ermittlungen keine wirklichen Durchbrüche vermelden konnte. Es wäre dann aber in der öffentlichen Wahrnehmung nicht immer die Polizei gewesen, die sich als Betroffene hätte selbst erklären müssen. Und dann ist da noch Beuths „Maßnahmenkatalog“: Benötigt würde zwar dringend eine Versachlichung der Debatte und insbesondere eine

ANZEIGE

TKBO

GMBH

- Abzeichen / Anfertigungen
- Ausrüstungsgegenstände
- Dienstbekleidungen
- Dienstgradabzeichen



Besuchen Sie uns auch
unter www.tkbo.de

- HAIX® Schuhe
- Kopfbedeckungen
- Textildruck/Textilveredlung
- Vereinsbedarf u.v.m.

TKBO GMBH • Karl-Friedrich-Straße 24 • 44795 Bochum • Email: info@tkbo.de • Tel.: 0234/9409680



Andreas Grün
GdP-Landesvorsitzender Hessen

Foto: GdP Hessen

größere Rückendeckung durch die politisch Verantwortlichen. Das Ministerpapier weist jedoch in eine andere Richtung. Es ist vielmehr Ausdruck von Misstrauen: Denn er suggeriert den im Raume stehenden Generalverdacht und verstärkt ihn mit restriktiven wie repressiven Anordnungen. Eine schnelle Aufklärung ist nun umso mehr von Nöten. Deshalb brauchen wir umso mehr eine schnelle Aufklärung der in Rede stehenden Fälle, die die Polizei so sehr und schon viel zu lange belasten. Daran wollen wir alle, soweit wir das können, mithelfen.

Die Krawalle

Mitte August: Die Bilder eines gewalttätigen Mobs, der hochaggressiv Einsatzkräfte attackiert hatte, machten uns in der GdP betroffen, gleichzeitig wütend, jedoch auch nachdenklich. Insbesondere die Applausstürme und das frenetische Beklatschen bei Treffern von Flaschen auf Einsatzkräfte oder Polizeifahrzeuge, empfanden wir als Zeugnis einer sich radikal verändernden Grundstimmung in Teilen der Gesellschaft. Wir fragen uns, wohin das alles noch führt? Was passiert da gerade in unserer Gesellschaft? Welche Verantwortlichkeiten gibt es dafür?

Die Krawalle vom Frankfurter Opernplatz verdeutlichen, dass die Eskalation der Gewalt durch die häufig undifferenzierten, oftmals pauschalierten Vorwurfslagen im Zusammenhang mit Berichten über Rassismus, Polizeigewalt und der Frage nach der Existenz rechter Netzwerke, zusätzlich befeuert wird. Einige Menschen glauben augenscheinlich jetzt eine Art Legitimation dafür bekommen zu haben, die Schwelle der Gewalt gegen die Polizei spürbar abzusenken.

Die von Bundesinnenminister Horst Seehofer im Sommer ins Spiel gebrachte Studie über Gewalt gegen die Polizei hilft an dieser Stelle nicht weiter. Es gibt bereits mehrere vom Kriminologischen Forschungsinstitut Niedersachsen (KFN) veröffentlichte bundesweite Studien zu diesem Thema. Seit 2011 werden die bundesweit zusammengefassten Fallzahlen in der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) veröffentlicht, das Bundeskriminalamt gibt dazu seit zehn Jahren detaillierte Lagebilder heraus und das LKA Hessen wertet die hessischen Fallzahlen der Gewalt gegen die Polizeibeamtinnen und -beamte ebenfalls sehr differenziert aus.

Nach meiner Auffassung wäre eine bundesweite Studie zur Berufszufriedenheit, zur Wertschätzung der täglichen Arbeit, zu den Karrierechancen, zu der Vereinbarkeit von Familie und Beruf im Polizeidienst und zu den Ungerechtigkeiten bei der Besoldung durch den Föderalismus, nötiger und dringender. Das würde vielen Politikern die Augen öffnen, und sie hätten dann genügend wichtige Punkte, an denen sie sich abarbeiten könnten.

Die Polizeigewalt

15. August in Frankfurt-Sachsenhausen: In der Nacht wird eine Person unter Zuhilfenahme von körperlicher Gewalt festgenommen. Nach vorliegendem Videomaterial kommt es dabei durch einen Polizeibeamten zu einer deutlichen Grenzüberschreitung durch Tritte gegen den Kopf des bereits am Boden fixierten Mannes. Die Veröffentlichung der Bilder erzeugte eine heftige und in Teilen nachvollziehbare Reaktion – insbesondere in den sozialen Netzwerken. Viele der kommentierenden Beiträge entbehrten allerdings jedweder sachlichen Bewertung. Sie waren gespickt mit Vorverurteilungen, geradezu durchdrungen von Ressentiments. Die Sachlage: Gegen den Festgenommenen läuft eine Ermittlung wegen Widerstandes. Drei involvierte Beamte wurden vom Dienst suspendiert. Gegen sie wird wegen Körperverletzung im Amt ermittelt. Die Staatsanwaltschaft hat das Verfahren übernommen.

Ordentliche Gerichte werden festzustellen haben welche Tatbestände erfüllt oder eben nicht erfüllt sind. Die selbst ernannten Staatsanwälte in der Netzcommunity sind da nicht gefragt. Womöglich schaden sie sogar durch ihre breit gestreuten Vorverurteilungen der juristischen Aufarbeitung.

Die öffentliche Debatte um Polizeigewalt wird von der GdP unterstützt, sie sollte jedoch auf sachlicher Basis geführt werden. Das Internet ist kein rechtsfreier Raum. Das Netz kann jedoch zu einem Brandbeschleuniger werden, wenn sich weitgehend ahnungslose Besserwisser nach Belieben verbal austoben. Es geht nicht um eine Zensur, um das in aller Deutlichkeit zu betonen. Es täte jedoch der Aufarbeitung gut, Online-Kommentare aus dem Netz weitestgehend zu ignorieren. Das hat im Übrigen vor dem Digitalzeitalter auch ganz gut geklappt. ■

Innenleben



Foto: Terweide

(v.l.n.r.) Elke Gündner-Ede (Geschäftsführender Bundesvorstand), Silke Buchhold (Saarland), Hellen Bockskopf (Hessen), Gabriele Segeritz (Berlin) und AG-Leiterin Christiane Kern aus Bayern.

BUNDESFRAUENGRUPPE: AG HÄUSLICHE GEWALT

Positionen und Pressekonferenz in petto

Nachdem die aktiven Frauen der „AG Häusliche Gewalt“ der Bundesfrauengruppe der Gewerkschaft der Polizei (GdP) im Juli in einer Videokonferenz ihre Arbeit fortgesetzt hatte, so fand das Gremium Anfang September in der Hildener Bundesgeschäftsstelle endlich wieder persönlich zusammen.

Gabriele Segeritz

Schwerpunkthemen des zweitägigen Arbeitstreffens waren die Erarbeitung des Positionspapiers zu Häuslicher Gewalt sowie die Vorbereitungen für eine geplante Pressekonferenz zum Tag gegen Gewalt gegen Frauen am 25. November.

Vor dem Hintergrund des Juni-Beschlusses der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder (IMK), es für erforderlich zu erachten, „eine bundeseinheitliche Begriffsdefinition für Gewaltstraftaten im familiären Umfeld zu prüfen“, diskutierte die AG die Wirkungen der unterschiedlichen Länder-Definitionen zu Häuslicher Gewalt. Nun erhält das ausgearbeitete Positionspapier noch den Feinschliff, um zur Medienpräsentation die gewünschte Öffentlichkeitswirksamkeit zu erzielen. ■

BUNDESPOLIZEIRECHT

Grundlagen des Gefahrenabwehr-, Strafprozess- und Zwangsrechts, Prüfungsschemata, Klausuren mit Lösungen

Von **Marc Wagner**.



5. Auflage 2020

Umfang: 220 Seiten

Format: 16,5 x 24 cm, Broschur

Preis: 24,00 € [D]

ISBN 978-3-8011-0888-5

Die erfolgreiche Bearbeitung von einsatzrechtlichen Prüfungsklausuren fordert schon weit vor der Laufbahnprüfung fundierte Rechtskenntnisse. Gleichmaßen ist bereits zu Beginn der Ausbildung die Beherrschung gutachterlicher Würdigungstechnik als der für die Klausurniederschrift maßgeblichen Darstellungsform gefragt. Zum Inhalt:

Bereits in „Zwischenetappen“, den Modulprüfungen, gilt es mindestens das Wissen zu präsentieren, das den Fortgang des Studiums garantiert. Dieses Buch richtet sich an diejenigen Anwärter für die Laufbahn des gehobenen Polizeivollzugsdienstes in der Bundespolizei, die Prüfungen im Bundespolizei-, Zwangs- und Strafprozessrecht mit Erfolg absolvieren wollen. Ebenso ist das Buch an ambitionierte Bewerber für die Laufbahn des mittleren Polizeivollzugsdienstes in der Bundespolizei adressiert.

– **Grundlagenwissen:**

Aufbau von Rechtsnormen, Allgemeines Verwaltungsrecht, Bundespolizei-, Zwangs- und Strafprozessrecht.

– **Klausurbearbeitungstechnik:**

Einführung in die Subsumtions- und Würdigungstechnik; Prüfungsschemata: Rechtmäßigkeit von Gefahrenabwehr-, Zwangs- und strafprozessualen Maßnahmen, Erfolgsaussichten Widerspruch gegen Gefahrenabwehr-VA.

– **Klausurtaktik:**

Die Arbeit am Sachverhalt, die rechtliche Bewertung, die Niederschrift („dos and don'ts“).

– **Klausurtraining:**

Prüfungsklausuren in aufsteigendem Schwierigkeitsgrad mit Musterlösungen.

Neben einer inhaltlichen Aktualisierung wurde für die vorliegende Neuauflage die Darstellung des Gefahrenabwehrrechts ergänzt und ein Übungsfall neu aufgenommen.



DER AUTOR

Prof. Dr. jur. Marc Wagner, Hochschullehrer für Allgemeines Verwaltungs- und Verwaltungsprozessrecht sowie Einsatzrecht der Bundespolizei an der Hochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung.



VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
Buchvertrieb

Forststraße 3a · 40721 Hilden · Telefon 0211 7104-212 · Telefax 0211 7104-270
service@vdpolizei.de · www.vdpolizei.de

Weitere Informationen, Leseproben und Bestellmöglichkeit unter: www.vdpolizei.de

Im Gespräch



Olaf Sundermeyer

ist seit 2012 Reporter beim Rundfunk Berlin-Brandenburg (rbb) in der Redaktion „Investigatives und Hintergrund“, neuerdings „rbb24 Recherche“. Der Publizist ist in Dortmund aufgewachsen und hat mehrere Journalisten-Preise gewonnen. Er referierte auf der GdP-Fachtagung zu Populismus im Mai 2019.

Foto: GdP/Hagen Immel

MEDIEN UND POLIZEI

Rassismus: auf den gesellschaftlichen Operationstisch!

Experte Olaf Sundermeyer ist vor allem dann gefragt, wenn extremistische Umtriebe öffentlich sichtbar werden. So wie bei den Corona-Demonstrationen Ende August in Berlin. Der ARD-Investigativjournalist kennt sich nicht nur in den extremistischen Szenen und der Organisierten Kriminalität aus. Er beobachtet auch die Wirkungen von Medienberichten auf die Polizeiarbeit und andersherum. DP-Chefredakteur Michael Zielasko hat ihn befragt.

Michael Zielasko

DP: Tragen Medien in der Debatte um Rassismus in der Polizei zu einer Versachlichung bei oder verstärkt die Berichterstattung die Friktion zwischen den Lagern?

Olaf Sundermeyer: Wir leben in einer politisch sehr aufgeladenen Zeit, in der viele Redaktionen als Getriebene von Diskussionen, starken Meinungen und Behauptungen aus den sozialen Medien agieren, die häufig von Interessen geleitet sind. Das war auch beim Thema „Rassismus in der Polizei“ in den Wochen nach dem gewaltsamen Tod von George Floyd zu beobachten, weil es dieses eindruckliche Video von dem brutalen Polizeieinsatz in Minneapolis gab. Die Macht dieser Bilder hat es zahlreichen Meinungsführern, Influencern und Politikern ermöglicht, das drastische Problem von Rassismus und Polizeigewalt in den USA auf die Verhältnisse in Deutschland zu übertragen. Zahlreiche Redaktionen haben diese Über-

tragung mitgemacht und verstärkt, ohne sie zu hinterfragen. Danach war eine Versachlichung in Berichterstattung und öffentlicher Debatte kaum noch möglich. Andererseits ist es auch Polizei, Innenministern und ebenso den Polizeigewerkschaften bislang nicht gelungen, das wichtige Thema angemessen zu besetzen, weil sie in ihren Abwehrreflexen gefangen sind. Natürlich ist Rassismus auch in der deutschen Polizei ein Problem, das auf den gesellschaftlichen Operationstisch gehört. Eine Studie über die Einstellungen von Polizisten wäre ein wichtiger Schritt zur Versachlichung.

DP: An welchen Stellen halten Sie die mediale Darstellung der Debatte über Rassismus in der Polizei für unausgewogen?

Sundermeyer: Wir müssen über rassistische Vorfälle bei der Polizei berichten, und das ist schwierig genug, weil der Korpsgeist in der Polizei eine kaum zu überwindende

Mauer für Außenstehende ist. Der wiederkehrende Vorwurf des strukturellen Rassismus unterstellt allerdings, dass Polizeiführung rassistisches Handeln in gewisser Weise vorgibt, und dass die Hierarchien von Rassismus durchsetzt sind. Das kann ich überhaupt nicht erkennen. Diese Annahme sorgt aber dafür, dass sich Polizisten auf allen Ebenen, ebenso die verantwortlichen Innenminister, der Diskussion verweigern, oder sich noch weiter zurückziehen.

DP: Schätzen Sie die zunehmende Cancel-Culture als Gefahr für eine faktenorientierte und ausgewogene Berichterstattung beziehungsweise die politisch zugespitzte Debatte ein?

Sundermeyer: Vor allem erkenne ich die Gefahr, dass sich viele Funktionsträger von dieser „Cancel-Kultur“, wie Sie es nennen, ohne Not beeinflussen lassen, in sämtlichen Institutionen der Bundesrepublik, insbesondere in Behörden, von der Polizei bis zum öffentlich-rechtlichen Rundfunk. Dass Kommentatoren, Politiker und Lobbyisten von Vereinen und Verbänden eine Agenda verfolgen, die öffentlich geäußerte Meinungen und Berichterstattung zu Hintergründen verhindern wollen, die dem eigenen Weltbild widersprechen, ergibt sich aus den Möglichkeiten der Demokratie. Aber niemand muss sich diesem Druck beugen. Wenn wir für die ARD Filme über kriminelle Roma-Clans produzieren, versucht der Zentralrat der Sinti und Roma das zu verhindern, und wirft uns Rassismus vor. Als Lobbyverband kann er das tun. Aber wir berichten, weil wir einzig ein Problem benennen, und dabei journalistisch sauber arbeiten. Und wenn wir öffentlich den Rechtsextremismus unter den Corona-Leugnern ansprechen, versucht die Initiative der „Querdenker“ unsere Berichterstattung auf allen Ebenen zu verhindern, was ihnen nicht gelingt. Weil wir die Belege für das Problem haben. Insofern sollte man die Debatte um die „Cancel-Kultur“ ignorieren, und sich auf die eigene Aufgabe konzentrieren, ob als Polizist oder Journalist, der Öffentlichkeit mit prägt.

DP: Es scheint doch, als habe die „Sprachpolizei“ hierzulande gerade richtig viel zu tun ...

Sundermeyer: Sie haben Recht. Es gibt immer mehr Leute, die sich darin verstehen, anderen vorzuschreiben, was man sagen darf, und was nicht, und zwar auf sämtli-

POLIZEI PRAXIS

STARTSEITE

THEMEN

AUSGABEN

PRODUKTE

SERVICE

Sie sind hier > Startseite



Hart im Nehmen - Tactical Time Piece 500

Nutzen Sie den Gutscheincode unter www.polizeipraxis.h3uhr.com [\[mehr erfahren\]](#)

1 2 3 4

NEUE ARTIKEL



MP5 Midlife-Improvement

Upgrade-Optionen für die "Standard-MP" der deutschen Polizei [\[mehr erfahren\]](#)

Suche nach Sachgebieten, Hilfe, Tipps und mehr...

SCHWARZES BRETT

Newsletter - keine neuen Beiträge verpassen!

Sie möchten über die neuesten Meldungen und Beiträge auf POLIZEIPRAXIS.DE informiert werden? Dann melden Sie sich noch heute für den Newsletter an! Eine Auswahl der Beiträge aus der aktuellen Ausgabe als Erste / Erste [\[mehr erfahren\]](#)

ENFORCE TAC 2020 - Neuer Termin: 01.09.20 - 02.09.20

Auf der Enforce Tac in Nürnberg tauschen sich internationale Sicherheitsexperten daher in jährlichem Turnus über die neuesten Entwicklungen und Produkte aus den Bereichen Law Enforcement, Sicherheit und taktische Lösunge [\[mehr erfahren\]](#)

NEWSLETTER ABONNIEREN

Mit dem Multifunktionstuch von **POLIZEIPRAXIS.DE** bieten wir den optimalen Begleiter bei allen Aktivitäten an. Es kann als Schal, Stirnband, Kopftuch, Schweißband oder Mütze getragen werden. Das atmungsaktive Tuch aus Microfaser kann ab sofort für nur 4,90 Euro zzgl. 2,00 Euro Versandkosten* unter der E-Mail: **info@polizeipraxis.de** bestellt werden!



*Ab einem Bestellwert von 50,00 Euro entfallen die Versandkosten. Nur gegen Vorkasse. Alle Preise inkl. MwSt.



chen Seiten des politischen Spektrums. Dafür gibt es in sozialen Medien nun einfache Möglichkeiten und – je nach Blase – starke Resonanz. Umso wichtiger ist es, sich auf geltende Regeln und Gesetze zu beziehen, die wir uns als demokratische Gesellschaft gegeben haben. Die „Sprachpolizei“, von der Sie reden, hat lediglich Relevanz, wenn man ihr diese einräumt.

DP: Werden soziale Medien zunehmend der Spaltkeil der Gesellschaft?

Sundermeyer: Das sind sie leider schon längst. Weil radikale Meinungen, die im Netz Applaus erhalten, ihre Absender weiter radikalisiert – nach dem Gesetz von Angebot und Nachfrage. Deshalb ist es so wichtig, sich nicht davon treiben zu lassen. Im Gespräch mit vielen Polizisten stelle ich aber leider fest, dass genau das passiert.

DP: Wie können die Brandbeschleuniger des Hasses wirksam aufgehalten werden?

Sundermeyer: Durch das Besinnen auf die eigene demokratische Aufgabe, wie sie zum Beispiel jeder Polizist mit seiner Berufswahl übernommen hat: für Rechtsstaatlichkeit und den sozialen Frieden in Deutschland einzutreten. Bei der Erfüllung dieser Aufgabe sollte man sich nicht von radikalen Einflüssen irritieren oder gar leiten lassen, deren Ziel es ist, für sozialen Unfrieden zu sorgen.

DP: Nutzt die rechte Szene die zunehmende Verunsicherung in Teilen der Bevölkerung für ihre Zwecke?

Sundermeyer: Ja! Schon auf dem Höhepunkt der Flüchtlingskrise konnte die rechtsextreme Szene erfolgreich agieren, weil viele Menschen verunsichert waren. Mit dem Ergebnis, dass die AfD als ihr parlamentarischer Arm in allen Landtagen sitzt, sowie als größte Oppositionsfraktion im Bundestag. Jetzt ist wieder Krise, und die Verunsicherung vieler Menschen ist in Zeiten von Corona noch größer. Deshalb sind Rechtsextremisten wesentlicher Teil der Proteste gegen das Krisenmanagement der Bundesregierung, die in ihrem Kern den Umsturz des Staates betreiben. Die abzusehenden drastischen wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Corona-Krise werden diesen Protest längerfristig nähren.

DP: Herr Sundermeyer, vielen Dank für das Gespräch.

Vor Ort



Foto: Daniel Etzold – stock.adobe.com

ONLINE-DEBATTE ÜBER POLIZEIGEWALT UND RASSISMUS

Natürlich kann unsere schon gute Polizei stets besser werden

Im Internet-Debattenraum „Digitaler Staat Online“ diskutierte der stellvertretende Bundesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP) Dietmar Schilff Anfang September über den Umgang der Gesellschaft und der Medien mit vermeintlicher Polizeigewalt. Ist die Polizei womöglich auch Täter? Eingeladen hatte der „Behörden Spiegel“, eine monatlich erscheinende überregionale Zeitung für den Öffentlichen Dienst in Deutschland und traditioneller Veranstalter des jährlich stattfindenden Europäischen Polizeikongresses.

Michael Zielasko

Die erste Frage des Moderators bezog sich jedoch auf Ereignisse im Zusammenhang mit der Berliner Corona-Demonstrationen Ende August. (Hinw. d. Red.: siehe Seite 4) Die Polizei habe einen hervorragenden Einsatz geleistet, stellte Schilff fest. Kritikern riet er, die interne Aufarbeitung der Polizei abzuwarten. Auch die vorschnellen Einsatzbewertungen in den sozialen Netzwerken seien grundsätzlich mit entsprechender Zurückhaltung zu bewerten.

Der Gewerkschafter nutzte die zweistündige Online-Debatte, um wesentliche Positionen der GdP in aller Klarheit darzustellen. Dabei machte er deutlich, dass seine Kolleginnen und Kollegen auf ein hohes Maß an Vertrauen in der Bevölkerung bauen könnten. Gleichwohl gäbe es Gruppierungen, die die Polizei von Grund auf ablehnten und teils entmenschlicht darstellten.

Demokratische Resilienz nachhaltig festigen

Öffentliche Unterstellungen einer latent rassistischen Polizei wies Schilff in aller Deutlichkeit zurück. Dass es trotz Millionen von Einsätzen Fälle gebe, dem sei nicht zu widersprechen. Und selbstverständlich bedürfe dies einer entsprechenden Aufarbeitung. Von besonderer Bedeutung sei es daher, so der GdP-Vize, die demokratische Resilienz der Polizeibeschäftigten zu stärken und zu festigen. Das sei nicht mit einem Seminar alle paar Jahre getan, daran müsse regelmäßig und nachhaltig gearbeitet werden. Es sei zudem klar, dass eine schon gute Polizei stets noch besser werden kann.

Vorwürfe, die Polizei agiere nach dem Prinzip des sogenannten Racial Profiling, träfen ebenso nicht zu. Es werde in der Polizei bereits eine Menge getan, um Einsatzkräfte auf dynamische gesellschaftliche Entwicklungen vorzubereiten – und auch immer wieder zu sensibilisieren. Eine Rechtslastigkeit der Polizei könne er nicht erkennen. Er räumte ein, dass im Bereich der Aus- und Fortbildungen noch Verbesserungsbedarf bestehe. Beispielsweise mache der noch immer existente Personalmangel an der einen oder anderen Stelle noch einen Strich durch die Rechnung. Im Übrigen habe auch die GdP nicht erst gestern erkannt, sich noch intensiver mit dem Verhältnis der migrantischen Communitys und der

Polizei beschäftigen zu müssen. Fakt sei, dass die Zahl der bei der Polizei arbeitenden Menschen mit Migrationshintergrund zunehme, was gut sei.

Pauschaler Misstrauensvorwurf

Eine unabhängige Stelle beispielsweise zur Ermittlung vermeintlicher Polizeigewalt oder diskriminierendem oder rassistischem Verhalten halte er für nicht notwendig. Da stehe doch ein pauschaler Misstrauensvorwurf im Raum. Auch gegenüber der Justiz. Eine solche Funktion sei doch bei Weitem nicht mit einer Beschwerdestelle zu vergleichen, die sich vor allem um ein effizientes Konfliktmanagement kümmere, oder auch einem Bürger- und Polizeibeauftragten, der als Mittler zwischen beteiligten Parteien diene.

Das kommt Schilff zufolge einer Paralleljustiz gleich, die die Polizei neben Staatsanwaltschaften und Gerichten strafrechtlich unter die Lupe nähme. Aus seiner Sicht ein Irrweg. Es sei zudem nicht hilfreich, Rassismus und Diskriminierung nur auf die Polizei zu fokussieren. Auf der Hand liege, dass dies eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung darstelle. Er vermisse jedoch auch ein proaktives Zugehen der in der Debatte auftretenden migrantischen Communitys auf die Polizei und bot damit offene Gespräche über aktuelles Empfinden, vorhandenen Klischees, sich verfestigende Vorurteile und den Hintergrund polizeilicher Maßnahmen an. Natürlich werde auch die GdP solche Gesprächseinladungen nicht ausschlagen.

An der digitalen Debatte teilgenommen hatten neben GdP-Vize Schilff Prof. Dr. Dieter Hermann vom Institut für Kriminologie der Universität Heidelberg, Souad Lamroubal, Behörden Spiegel-Stiftung, sowie der Bundesvorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft, Rainer Wendt. Moderiert wurde die Debatte von R. Uwe Proll, Chefredakteur und Herausgeber des „Behörden Spiegel“. ■

Innenleben

PODCASTS FÜR ÄLTERE

Mutmacher für den Alltag

H. Werner Fischer

Der Bundesseniorenvorstand (BSV) unterstützt eine Aktion der Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen (BAGSO). Die BAGSO-Podcasts bieten wertvolle Tipps und Hinweise in der Corona-Zeit. Die Audio-Beiträge sind nicht nur etwas für Ältere – sondern richten sich an alle interessierten Hörer.

Regelmäßig Freunde und Verwandte treffen, selbstständig den Alltag gestalten oder gemeinsam sportlich aktiv sein: Die Pandemie ist derzeit für manche Einschränkung verantwortlich. Das hat auch den Alltag vieler Lebensälterer stark verändert.

Die BAGSO möchte dagegenhalten und Mut machen. Ihr Podcast „Zusammenhalten in dieser Zeit“ bietet alle zwei Wochen Tipps und Beispiele, wie Ältere weiterhin engagiert und körperlich aktiv sein können. Unter www.bagso.de/podcast sind bereits elf Hörbeiträge mit einer Länge bis zu acht Minuten online verfügbar. „Zusammenhalten in dieser Zeit“ ist auch auf YouTube und Podcast-Plattformen wie Spotify oder Geezer kostenfrei verfügbar.

Übrigens: Die GdP-Seniorengruppe (Bund) ist Mitglied der Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen (BAGSO). ■



Was ist ein Podcast?

Ein Podcast ist ein Audio-Format, das kostenfrei online verfügbar ist. Der BAGSO-Podcast „Zusammenhalten in dieser Zeit“ bietet mehrere Audiodateien, die durch Anklicken auf der Webseite www.bagso.de/podcast aufgerufen werden können. Über die Lautsprecher von Smartphone oder Computer können Interessierte ausgewählte oder auch alle Folgen hören.

Kommentiert

DISKUSSION UM RASSISMUS-STUDIE

Wir sind doch die Guten – Zur Kritik(un-)fähigkeit der Polizei

Die Polizei kann in ihrem Arbeitsalltag vielleicht nicht immer dem Titel „Wir sind die Guten“ entsprechen. Sie muss es auch nicht. Akzeptieren sollte sie jedoch, dass sie als Trägerin des Gewaltmonopols samt umfassender Eingriffsrechte zurecht unter Beobachtung steht. Es täte ihr gut, sich im Sinne einer Professionalisierung mit Kritik angemessen auseinandersetzen, um besser zu werden und Menschenrechte für alle durchzusetzen. Denn genau darin liegt die Legitimation der Polizei einer offenen Gesellschaft.

Dirk Heidemann (DHPol)



Foto: privat

Als Bundesinnenminister Horst Seehofer es frei nach dem Motto „was nicht sein darf, das nicht sein kann“ öffentlich ablehnte, eine Studie zum Rassismus in der Polizei zu fördern, stellte er sich möglicherweise vor, mit dieser Entscheidung die Debatte beenden zu können. Dies gelang nicht einmal im Ansatz.

Dass es Rassismus in der deutschen Gesellschaft gibt, dass es in Folge dessen Rassismus in öffentlichen und privaten Organisationen und folglich auch in der Polizei gibt, ist meines Erachtens hinreichend un-

tersucht sowie belegt und – wenn man sich auf wissenschaftliche Forschung stützt – auch anerkannt.

Seehofers sinngemäße Begründung, der Polizei seien „racial profiling“ und andere rassistische Praktiken verboten, ist eigentlich ein Fall für Satire. Doch die Angelegenheit ist gleichwohl ernst: Denn die Begründung verweist auf ein Muster, in dem Polizei regelmäßig reagiert, wenn sie in Frage gestellt wird. Eines, das Kritik an der Polizei von vornherein verunmöglichen will. Und eines, das die Polizei hindert, sich stärker

zu professionalisieren – wenn sie angesichts der Rassismus-Debatte allen Mitgliedern der Gesellschaft eine adäquate Dienstleistung anbieten möchte.

Dieses Muster ist aus den Diskussionen um Kennzeichnungspflichten, Untersuchungen zu rechtswidriger Polizeigewalt oder rechtsextremen Netzwerken innerhalb der Polizei bekannt. Es dient dazu, kritischen Stimmen entgegenzuhalten, die Polizei würde zu Unrecht einem Generalverdacht ausgesetzt. Und dies häufig kombiniert mit dem Verweis auf das hohe Vertrauen in die Polizei im Vergleich zu anderen Berufsgruppen. So wird die Kritik selbst diskreditiert. Am Ende wird den Kritikerinnen und Kritikern entweder Ahnungslosigkeit bezüglich realer Polizeiarbeit unterstellt oder gar böse Absicht.

Der polizeiliche Umgang mit Kritik stützt sich auf die Annahme, dass sie aufgrund ihrer Expertise als einzige die Fähigkeit besitzen, Sachverhalte objektiv zu erkennen und zu beschreiben, was als Wahrheit anerkannt werden kann. Dabei erhebt sie im Wesentlichen, die Sichtweisen von Beteiligten und Betroffenen und die Daten eindeutig für die Aktenpraxis vorzubereiten. Kann eine solche Tätigkeit objektive Wahrheiten erzeugen? Aus wissenschaftstheoretischer und wissenschaftstheoretischer Sicht ist dies schon lange umstritten.

Führt das Unterstellen des Generalverdachts nicht weiter, weil es möglicherweise nichts mehr zu leugnen gibt, hilft – als letzter Teil des Musters – die Einzelfalltheorie. Indem sie Fehlverhalten Individuen zuschreibt, entlastet sich die Organisation Polizei von der Verpflichtung, der Sache auf den Grund zu gehen und eigene Strukturen in Frage zu stellen.

Die pauschale Abwehr von Kritik versperrt die Reflexion auf die Organisation sowie die eigene Praxis. Die Polizei wird als Opfer konstruiert. Eine professionelle Auseinandersetzung mit Kritik bleibt auf der Strecke. Und im aktuellen Fall: die Auseinandersetzung über das Vermeiden rassistischer Diskriminierungen im polizeilichen Alltag. Die Polizei läuft Gefahr, ihre wichtigste Funktion, den Schutz von Menschenrechten, nicht für alle Teile der Bevölkerung gleichermaßen zu erfüllen. Auf dem Spiel steht auch ihre Professionalität.

Was muss sie tun? Zunächst benötigt sie Wissen, Analyse, Reflexion sowie kluge In-

Die bessere Bank für Beamte und den öffentlichen Dienst.

Ihre Vorteile auf einen Blick

- ✓ **Speziell ausgebildete Berater**
für den öffentlichen Dienst
- ✓ **Attraktive Produktvorteile**
wie z. B. 0,- Euro Girokonto¹ für
Berufsstarter, Zinsrabatte für
Finanzierungen und günstige
Versicherungstarife
- ✓ **Exklusive Vorteilsangebote**
für Mitglieder von Gewerkschaften
und Verbänden
- ✓ **Informative Ratgeber und
regelmäßige Newsletter**
mit aktuellen Informationen aus
dem öffentlichen Dienst
- ✓ **Interessante Veranstaltungen**
wie z. B. Exklusive Abende für den
öffentlichen Dienst oder Fachvorträge
- ✓ **Seit fast 100 Jahren
Erfahrung und Kompetenz**
als Bank für Beamte und den
öffentlichen Dienst

¹ Voraussetzungen: BBBank-Junges Konto mit Online-Überweisungen ohne
Echtzeit-Überweisungen. Genossenschaftsanteil von 15,- Euro/Mitglied bis
zur Vollendung des 27. Lebensjahres. Danach erfolgt die Umwandlung in ein
Girokonto; Eingang Ausbildungsvergütung bzw. Gehalt/Bezüge ab Ausbildungs-
beginn/Berufsstart. Stand: 29.01.2020.

Interesse geweckt?

Wir sind für Sie da:
in Ihrer Filiale vor Ort,
per Telefon 0721 141-0,
E-Mail info@bbbank.de
und auf www.bbbank.de/gdp

Folgen Sie uns



BB
Bank
Better Banking



https://www.dhpol.de/microsite/dhpol-blog/fuerung_in_der_polizei/kritikfaehigkeit.php

An dieser Stelle finden Interessierte die ursprüngliche Langfassung des Artikels, die für sämtliche Aussagen entsprechende Belege sowie Literaturhinweise enthält.

terventionen. Im ersten Schritt geht es darum, internes Wissen über (strukturellen) Rassismus zu erzeugen. Dieser ist kein Alleinstellungsmerkmal von Neo-Faschisten. Er ist vielmehr in den meisten Gesellschaften weit verbreitet. Nach dem britischen Soziologen Stuart Hall markiert Rassismus Unterschiede, mit denen der markierten Gruppe der Zugang zu gesellschaftlichen Ressourcen wie Bildung, Einkommen, Mitgestaltung oder Macht verwehrt beziehungsweise erschwert wird. Die Kriterien dazu sind willkürlich gewählt und können etwa auf Herkunft, Hautfarbe, Religion oder Kultur beruhen. Rassismus ist also Ausfluss gesellschaftlicher Verhältnisse und fußt nicht auf unbegründeten Vorurteilen.

Es ist wichtig zu verstehen, dass das im Zuge des Kolonialismus erzeugte rassistische Wissen über andere nach wie vor in der Gesellschaft, in jeder Institution und in jeder einzelnen Person vorhanden ist. Weiße Westeuropäerinnen und -europäer verfügen einerseits über rassistisches Wissen, das unsere Sichtweisen prägt. Andererseits sind sie sich der Privilegien, die sie durch Abwertung anderer erfahren, kaum bewusst. Wir „Rassismusergewinner“ werden in unserem Alltag weder gefragt, woher wir „wirklich“ kommen und warum wir so gut Deutsch sprechen, noch werden wir anlasslos von der Polizei kontrolliert.

Wie kann die Polizei ihr „rassistisches“ Wissen, dass über ihre Beschäftigten zu organisationalem Wissen wird und täglich Entscheidungen beeinflusst, nutzen. Die britische McPherson-Kommission, die 1999 das Versagen der englischen Polizei bei der Aufklärung des Mordes an einem schwarzen Jugendlichen untersuchte, hob hervor, dass es bei strukturellem Rassismus nicht um individuelles Fehlverhalten gehe und nicht nur um formelle Regelungen in polizeilichen Organisationen, sondern insbesondere um eingebaute Praktiken, Konventionen und Gewohnheiten, die von allen Polizeibeamtinnen und -beamten wie selbstverständlich befolgt werden. Dazu zählt, dass man als Neuling ein Frühstück ausgibt, aber eben auch das anlassfreie Kontrollieren von Personen aufgrund ihrer Hautfarbe beziehungsweise Herkunft oder das Bezeichnen von Ermittlungskommissionen als „SOKO Bosphorus“ wie im Fall der NSU-Morde, über die intern als „Döner-Morde“ gesprochen wurde.



Wir „Rassismusergewinner“ werden in unserem Alltag weder gefragt, woher wir „wirklich“ kommen und warum wir so gut Deutsch sprechen, noch werden wir anlasslos von der Polizei kontrolliert.

Erst das Wissen über die Wirkung formaler und über die handlungsleitende Wirkung informeller Strukturen bietet die Möglichkeit, die eigene Praxis zu analysieren und die Chance, kluge, rassistuskritische Interventionen zu entwickeln. Solche Interventionen können unter anderem auf institutioneller und interaktiver Ebene ansetzen.

Die Chance einer Polizei-Rassismus-Studie läge auf institutioneller Ebene darin, die Verwobenheit zwischen rassistischem Wissen und dem handlungsleitenden polizeilichen Erfahrungswissen offenzulegen. Sie böte an, dieses Erfahrungswissen auf den Prüfstand zu stellen und kritisch-konstruktiv weiterzuentwickeln. Eine solche, aus meiner Sicht unverzichtbare Studie sollte von unabhängigen Forschenden so konzipiert werden, dass sowohl die Perspektiven der Polizei auf ihre Arbeit als auch die Perspektiven der von dieser Arbeit Betroffenen einbezogen werden.

Auf institutioneller Ebene muss es darum gehen, formale Strukturen im Hinblick auf rassistisches Wissen zu analysieren. Zum Beispiel Lagebilder, die Angehörigen bestimmter ethnischer Gruppen eine höhere Delinquenz zuschreiben oder entsprechende Meldepflichten. Zudem wäre es wichtig, Verfahren zu entwickeln, die polizeiliche

Entscheidungsprozesse und Abläufe rassistuskritisch zu gestalten.

Problem des Verfestigens

Es gilt, die Praxis der Lehre und Fortbildung zu analysieren: Mit welchen Beispielen arbeiten Lehrende? Welches Wissen wird möglicherweise reproduziert? Wenn in einem Fall zur Eigensicherung der Sachverhalt so formuliert wird, dass eine „südländisch“ aussehende Person auf einem Parkplatz zwischen den Autos hin- und hergeht und überprüft werden soll, schließt diese Praxis der Lehre unmittelbar an rassistisches Wissen der Studierenden an und trägt dazu bei, dass es verfestigt in die Praxis übernommen wird.

Auf der interaktiven Ebene sollten über formale Strukturen rassistische Praktiken verändert werden. So könnte geregelt werden, bei Personenkontrollen den Anlass zu dokumentieren. Gerade dieses Beispiel zeigt jedoch, dass es nicht einfach ist, die Praxis zu verändern. Eine Dokumentationspflicht garantiert noch lange nicht deren vorschriftsmäßige Handhabung. An dieser Stelle kommt Führung ins Spiel. Anlässe sind neben der konkreten Aufgabenwahrnehmung auch Besprechungen oder Unterhaltungen, in denen abwertende Bemerkungen oder Kommentare abgegeben werden. Führung kann darüber hinaus Themen setzen und Diskursräume auf unterschiedlichen Ebenen schaffen, damit Sichtweisen der Betroffenen auch in der Polizei gehört werden.

Nicht garantiert ist, dass Führende diese Funktion tatsächlich wahrnehmen. Wie wären sonst Sympathiebekundungen für Neo-Faschisten, rechtsextreme Netzwerke in der Polizei und zahllose Beispiele ethnischer Diskriminierungen zu erklären? Führungskräfte, die Abweichungen offen thematisieren, setzen sich womöglich Konflikten aus, die ihren Alltag verkomplizieren. Führungspersonen auf allen Ebenen sollten ermutigt werden, sensibel zu beobachten und schon im Vorfeld klar und deutlich gegen Rassismus und Diskriminierungen jeglicher Art Position zu beziehen. Führungspersonen auf allen Ebenen müssen zeigen, dass es Ihnen ernst ist. Die Verantwortung dafür liegt bei den Innenministerinnen und -ministern, den Polizeipräsidentinnen und -präsidenten, den Dienststellenleitungen und vor allem den unmittelbaren Vorgesetzten. ■

BASISLEHRBUCH KRIMINALTECHNIK

Methoden und Verfahren der Spurensicherung und Untersuchung

Von **Christoph Frings** und **Frank Rabe**.



1. Auflage 2020

Umfang: 320 Seiten

Format: 21 cm x 14,8 cm, Broschur

Preis: 29,00 € [D]

ISBN 978-3-8011-0866-3

Das vorliegende Buch bietet einen breit gefächerten Überblick über den aktuellen Stand der Kriminaltechnik und stellt dabei besonders neue Ermittlungs- und Beweisansätze in den Mittelpunkt. Als Wegweiser dient dabei ein exemplarischer Leitsachverhalt, der sich auf die Fragestellungen der kriminalistischen Fallanalyse sowie ausgewählte Ermittlungsmaßnahmen stützt. Die zentralen Fachbegriffe werden durch Beispiele und Bildmaterial anschaulich erläutert.

Dieses Handbuch ist damit ein wertvolles Nachschlagewerk sowohl für Beamtinnen und Beamte der kriminalpolizeilichen Ermittlungspraxis sowie des Wach- und Wechseldienstes als auch für Studierende der Polizeifachhochschulen des Bundes und der Länder, denen es zur Vorbereitung auf Prüfungen und Klausuren dient.



DIE HERAUSGEBER

Christoph Frings, Kriminaldirektor Dozent für Kriminalistik und Kriminaltechnik an der Hochschule für Polizei und öffentliche Verwaltung Nordrhein-Westfalen, Abteilung Duisburg.

Frank Rabe, Erster Kriminalhauptkommissar, Leiter des Kriminalkommissariats für Erkennungsdienst, KTU, digitale Bildtechnik und Kriminalaktenhaltung am Polizeipräsidium Duisburg.



VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
Buchvertrieb

Forststraße 3a · 40721 Hilden · Telefon 0211 7104-212 · Telefax 0211 7104-270
service@vdpolizei.de · www.vdpolizei.de

Weitere Informationen, Leseproben und Bestellmöglichkeit unter: www.vdpolizei.de

Hingeschaut

DEESKALATION UND INTERNE AUFKLÄRUNG

Ein Blick nach Israel

Die Debatte über vermeintliches Fehlverhalten von Polizeibeamtinnen und -beamten erweist sich hierzulande zunehmend als Social-Media-Phänomen. Mutmaßliche Polizeigewalt – auch im Netz verbreitet – ist jedoch keineswegs ein rein deutsches Thema. DP-Autorin Prof. Dr. Keren-Miriam Adam ist Israelin. Sie stellt Beispiele für den „kreativen“ Umgang der Polizei ihres Heimatlandes mit potenziell eskalierenden Einsätzen vor und erklärt die Arbeit und Probleme der unabhängigen Ermittlungsstelle gegen polizeiliches Fehlverhalten.

Prof. Dr. Keren-Miriam Adam

Hochschule Harz, Wernigerode

Aaron Franco ist der ehemalige Bezirkskommandant von Jerusalem. Jetzt ist er im Ruhestand und spricht darüber, wie wichtig es sei, Vorfälle zu lösen, bevor sie eskalierten. „Man weiß, wie

ein Ereignis begann, aber man weiß nicht, wie es enden wird“. Seiner Meinung nach verschärfen sich Situationen auch häufiger durch in Streifenwagen eingebaute Videokameras oder mobile Geräte, die von Schaulustigen verwendet werden. Schließlich zeichne die Videokamera oft nur ab der Mitte des Ereignisses oder sogar kurz vor dem Ende auf. Wichtige Information zuvor, zum Beispiel, dass Polizisten beleidigt, bespuckt oder sogar angegriffen wurden – und was dann eben zur Reaktion der Polizisten geführt hat – würde nicht aufgenommen. In Presseberichten stehe die Polizei daher häufig in einem negativen Licht und werde als gewalttätig dargestellt. Ihr bleibt nichts anderes übrig, als sich zu verteidigen – es zumindest zu versuchen.

Die israelische Polizei ist oft gezwungen, sich mit israelischen Arabern, Ost-Jerusalem-Arabern, Ultra-Orthodoxen und Extremisten auseinanderzusetzen. Diese Situationen entwickeln sich schnell zu gewalttätigen Vorfällen. Franco zufolge sollten daher

auch „outside-the-box-thinking“-Lösungen, also unkonventionelles Denken, in Betracht gezogen werden. Der Polizeichef a.D. erzählt von drei Vorfällen, die er auf kreative Weise lösen konnte und damit gewaltsame Konflikte zwischen Polizei und Bürgern verhinderte. Die Beispiele verdeutlichen, wie wichtig einerseits die Vorbildfunktion in der Führung ist. Andererseits stellen sie dar, wie bedeutend das Niveau der Polizeiausbildung ist. Dadurch ließe sich sicher einschätzen, wie die Einsatzkräfte ihre Vollzugsbefugnisse und ihre Autorität in Extremfällen optimal einsetzen könnten:

Die erste Geschichte ereignete sich in Jerusalem in Vorbereitung auf die „Pride Parade“. Die Lesbian-Gay-Bisexual-Transgender-Community (LGBT) sowie ultra-orthodoxe Organisationen hatten gefordert, dass die Parade und die Gegendemonstrationen im Stadtzentrum stattfinden sollten. Franco erklärte sich zwar bereit, die beiden Veranstaltungen durchzuführen, jedoch unter der Bedingung, dass beide Demonstrationen in verschiedenen Gebieten stattfinden sollten, um Reibungen zu vermeiden. Da die Ultra-Orthodoxen der Forderung nicht zustimmten, fragte er ihre Vertreter, warum sie ihre Kinder diesen sexuellen Inhalten aussetzen wollten, die von den Pro-LGBT-Protestierenden gezeigt werden. Dieses Argument wirkte. Seitdem finden ultra-orthodoxen Proteste in den ihrigen Vierteln statt – und die Parade in einem sicheren Komplex im Süden der Stadt.

Der Schauplatz der zweiten Begebenheit ist Ramat Hasharon, eine Stadt in der Nähe der israelischen Hauptstadt Tel Aviv. Dort hatten Mitarbeiter des israelischen Rüstungskonzerns demonstriert. Die Teilnehmenden blockierten dort lange Zeit einen zentralen Verkehrsknotenpunkt. Franco mühte sich, mit den Demonstranten zu verhandeln, doch er blieb erfolglos. Schließlich entschied er sich für einen anderen Lösungsversuch. Er bestellte einen Traktor, durchbrach einen Trennzaun in der Nähe der für den Verkehrsfluss wichtigen Kreuzung und wies die Fahrzeuge an, über den „neuen“ Weg zu fahren. Nach kurzer Zeit war die Kreuzung von aufgestauten Pkw geräumt und die Demonstrierenden bar jeglicher Zuschauerinnen und Zuschauer. Nicht lange danach entschieden sie von sich aus, die Demonstration aufzugeben – gewaltlos.

Die dritte „Lage“ fand in Gusch Katif

ANZEIGE



THOMAS BROCKHAUS
Automobile und mehr

Wir liefern Fahrzeuge fast aller Fabrikate mit **TOP RABATTEN**.
Inzahlungnahme möglich. % % % %

Informieren Sie sich!
Telefon: (02207) 76 77 % % % %

www.fahrzeugkauf.com

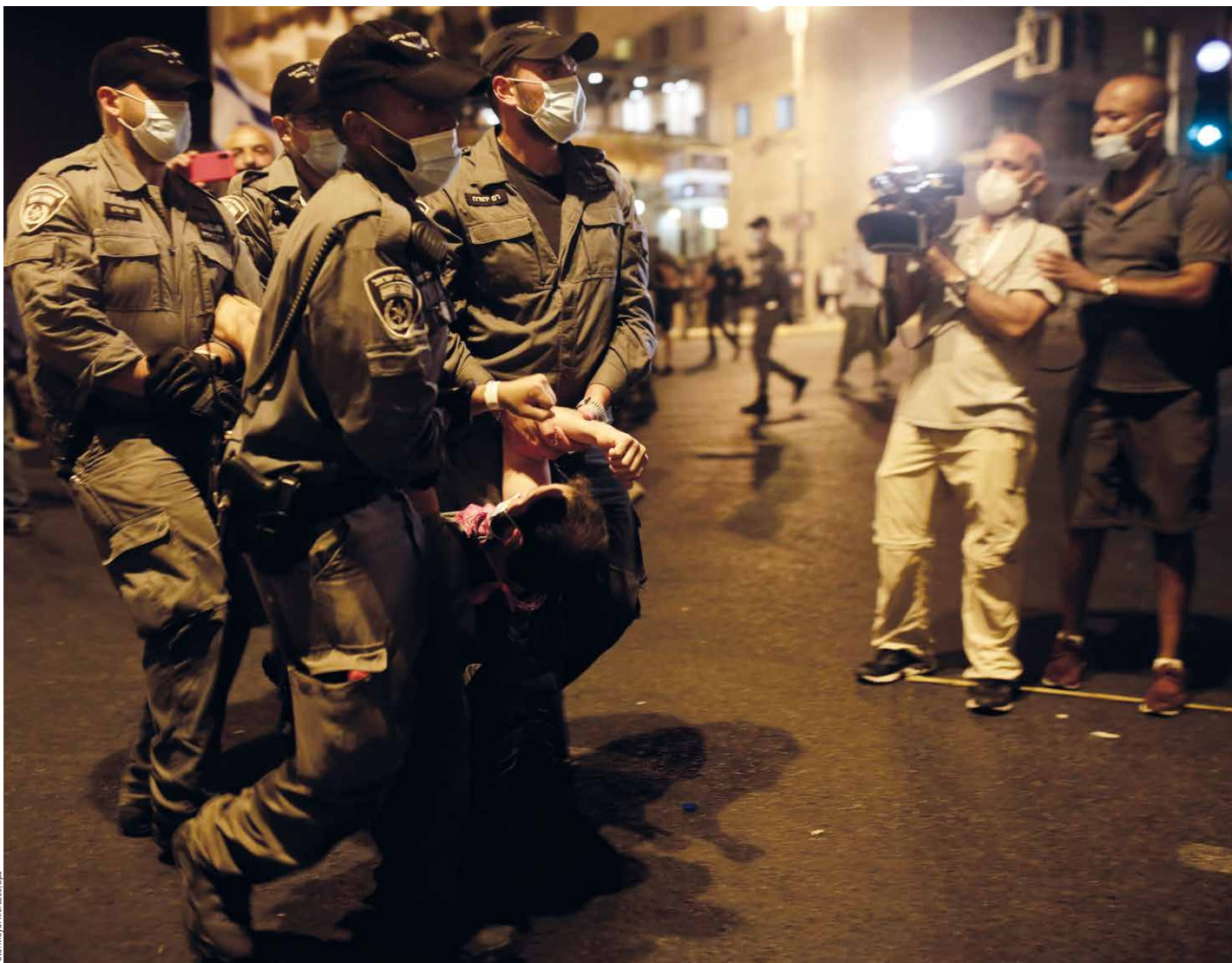


Foto: Maya Afler/rothip

Auch die israelische Polizei steht im Blickpunkt der Medien und der Öffentlichkeit.

(eine Ansammlung einiger ehemaliger israelischer Siedlungen im Gazastreifen) statt. 2005 wurden israelische Soldaten und Polizisten gebeten, die Siedler aus Gusch Katif zu evakuieren. Franco sollte das sogenannte Evakuierungsmanagement leiten. Er beschloss zehn Monate vor dem Ablauf der Frist, seine Männer in Ausbildungseinheiten auf diese Spezialaufgabe vorzubereiten. Dabei lag der Schwerpunkt auf der mentalen Vorbereitung der Truppe. Man rechnete mit einem schweren Widerstand der Evakuierten. Die Aktion sollte sensibel, aber entschlossen ablaufen. Franco ließ seine Polizeibeamten, nur mit einer Feldflasche und einer Mütze antreten – keine Distanzmittel und ohne Waffen. Dank der guten Vorberei-

tung der evakuierenden Polizisten war alles glatt gelaufen, ungewöhnliche Vorfälle waren nicht aufgetreten.

Gibt es einen Ersatz für Dialog und Sensibilität, um Gewalt zu vermeiden? Nein, um Gewalt zu stoppen, brauchen wir nicht noch mehr Gewalt, oder wie man auf Hebräisch sagt – Gewalt erzeugt mehr Gewalt, aber eine offene Hand führt zu noch einer offenen Hand.

Wider den Generalverdacht

Sowohl die George-Floyd-Affäre in Minneapolis im Mai 2020 als auch die Debatte über das Berliner Landes-Antidiskriminierungs-

gesetz werfen exemplarische Fragen auf. Zum Beispiel über die Methode der Überprüfung von Bewerbern, das Niveau der Berufsausbildung und den prägenden Charakter der Beamten. Natürlich auch über den Umgang der Polizei mit Beamtinnen oder Beamten, die unverhältnismäßige Gewalt angewendet haben.

Nach der Meinung des früheren Direktors des „Department of Internal Police Investigations“ (Machash) – die Abteilung für die Untersuchung von Fehlverhalten der Polizei (AUPF) – und späteren Staatsanwalts Eran Schendar, gibt es eine Art Axiom, einen Grundsatz in Bezug auf Machtorganisationen: Es werde immer eine Minderheit geben, die Gewalt anwende, die über das Not-



**SCHLIESS AB!
SICHER IST SICHER**

www.PolizeiDeinPartner.de

INFORMIEREN. AGIEREN. VORBEUGEN.

P**LIZEI**
DEIN PARTNER

Gewerkschaft der Polizei

Das Präventionsportal

JETZT INFORMIEREN!

Viele Informationen und Tipps
hierzu auf dem [Präventionsportal](#)
der Gewerkschaft der Polizei



DP-Autorin Prof. Dr. Keren-Miriam Adam unterrichtet an der Hochschule Harz in Wernigerode interkulturelles Management und Konfliktmanagement.

Foto: privat

wendige hinausgehe, sogar wenn es nicht nötig sei. Polizeibeamte hätten einen besonderen Beruf. Ihre Aufgabe sei es, Bürger und die öffentliche Ordnung zu schützen. Dafür erhielten sie Werkzeuge wie Handschellen, Schlagstöcke sowie Schusswaffen. Natürlich neige eine Organisation dazu, sich zu verteidigen. Es gebe ein Schweigen zwischen den Polizisten in Bezug auf Misserfolge, sodass problematischen Fälle unter den Teppich gekehrt und Akten schnell geschlossen würden. Aber an wen könnte sich ein Bürger wenden, wenn ein Polizist ihn geohrfeigt habe?

Unabhängig zwischen Baum und Borke

Bis 1992 waren interne Ermittlungen der israelischen Polizei selbst anvertraut worden. Die sanfte Hand gegenüber der Polizei hatte in der Öffentlichkeit viel Ärger und erhebliches Misstrauen gegenüber ihrer Fähigkeit, sich selbst zu untersuchen, ausgelöst. Im Laufe der Jahre entwickelte sich ein immenser öffentlicher Druck, der eine Änderung des bestehenden polizeilichen Ermittlungsmechanismus durch die Polizei selbst und die Einrichtung eines alternativen Mechanismus erforderlich machte.

Die AUPF wurde 1992 als Abteilung des israelischen Justizministeriums eingerichtet, um die Polizei unabhängig untersuchen zu können. Sie ermittelt und verfolgt seit dieser Zeit zum Beispiel die Anwendung unangemessener oder nicht zu rechtfertigender Gewalt durch Polizeibeamte gegen Zivilisten, Straftaten im Bereich der Korruption, Sexualstraftaten, Eigentumsdelikte und mehr.

Die Arbeit des Departments ist jedoch nicht unkompliziert. Es besteht ein natürliches Maß an Widerstreit zwischen ihr und der Polizei, da sie „zwischen Baum und Borke“ sitzt. Ermittle sie gegen die „böswillige“ Polizei, lobe der Bürger: „Gut gemacht, endlich mal aufgeräumt“, die Polizei denkt: „Was für ein Durcheinander“. Aber im anderen Fall, dem der geschlossenen Akte, vermute die Öffentlichkeit: „Es ist unfair, und da wird etwas vertuscht“. Hingegen werde die Polizei erklären: „Endlich können wir wieder in Ruhe arbeiten.“ Im Laufe der Jahre hat die AUPF zahlreiche Ermittlungen gegen Polizisten aller Ränge eingeleitet – und so das Vertrauen in die Polizeiarbeit letztlich gestärkt.

Für mehr Vertrauen

In Israel wie in Deutschland kämpfen Polizeibeamtinnen und -beamte um das Vertrauen ihrer Bürger. Doch hat es die Polizei, „dein Freund und Helfer“, vor dem Hintergrund der neueren Entwicklungen in den sozialen Medien und einem immer häufiger postulierten Pauschalverdacht gegenüber ihrer Arbeit nicht leicht. Kolleginnen und Kollegen – hierzulande wie auch in Israel – teilen interessanterweise ähnliche Sorgen angesichts raumgreifender digitaler Dauerbeobachtung durch Smartphones sowie auf Online-Plattformen „geteilter“ Fotos oder Videos. Die Gefahr, in einen digital ausgetragenen Konflikt zu geraten und im Beruf – mit allen denkbaren Konsequenzen – am Pranger zu stehen, ist neuerdings ein täglicher Begleiter und eine Belastung.

Hintergrund zur israelischen Polizei

Das Ministerium für Innere Sicherheit in Israel ist für die Strafverfolgung, die Aufrechterhaltung der inneren Sicherheit und die öffentliche Ordnung zuständig. Zu diesem Zweck arbeiten die Polizei, der Strafvollzugsdienst, die Nationale Behörde für Feuerwehrt und Rettung, die Behörde für die Bekämpfung von Gewalt, Drogen und Alkohol, die Zeugenschutzbehörde, die Abteilung für Schusswaffenlizenzen und andere Bereiche zusammen. Die Polizei ersetzte die britische Mandatspolizei, die bis zur Gründung des Staates Israel (1948) tätig war und operiert auf der Grundlage der polizeilichen Dienste.

Die israelische Polizei ist ein einheitlicher Arm der Zentralregierung – im Gegensatz zur Aufteilung in Landespolizeibehörden anderer Staaten. Es ist eine landesweit agierende Polizei, die nicht an eine Bezirksregierung angegliedert ist und deren Kommandeure sich nicht zur öffentlichen Wahl stellen. Der Polizeipräsident entspricht dem Generalinspekteur der israelischen Polizei, ein Offizier im Rang eines Bundespolizeipräsidenten. Der Polizeipräsident wird von der Regierung in sein Amt gewählt.

Im Jahr 2019 beschäftigte die israelische Polizei 32.095 Männer und Frauen bei einer Bevölkerung von 9,1 Millionen Menschen. In der Polizei dienen Bürger aus allen Gesell-

schaftsschichten und verschiedenen Religionen wie Juden, Drusen, Muslime und Christen. Die Polizei hat ein Frauenanteil von circa 29 Prozent. Der jährliche Polizeihushalt beläuft sich auf etwa 13 Milliarden Schekel (NIS), die je nach Währungskurs etwa 3,1 Milliarden Euro entsprechen.

Das Nationale Polizeipräsidium befindet sich in Jerusalem und besteht aus verschiedenen Abteilungen, darunter die Abteilung für Ermittlungen und Informationsbeschaffung, für Ausbildung sowie die Verkehrs- und der Personalabteilungen.

Für eine effiziente Arbeit ist Israel in sieben geographische Distrikte unterteilt. Die Logik dieser Einteilung hängt mit der Tatsache zusammen, dass sich einige Polizeiaufgaben in den sieben Bezirken voneinander unterscheiden. Zum Beispiel der von Extremismus geprägte Bezirk Jerusalem (der auch Ost-Jerusalem und andere Gebiete beinhaltet). Er unterscheidet sich vom südlichen Bezirk durch dort vor allem auftretende Probleme des Drogen- und Waffenschmuggels. Im Bezirk Samaria und Judäa ist die Polizei verantwortlich für die Siedler in den Gebieten hinter der sogenannten Grünen Linie (Waffenstillstandslinie), wo sie die Auseinandersetzung zwischen den Siedlergemeinschaften und der palästinensischen Öffentlichkeit in diesem Gebiet untersucht.

Zudem kümmert sich die in den 1950er-Jahren gegründete Grenzpolizei um das Vorgehen gegen Infiltrationen aus arabischen Ländern auf israelisches Staatsgebiet. Mit der Zeit übernahm die israelische Armee jedoch diese Herausforderung. Die Grenzpolizei wurde zu einem ausführenden Teil der Polizei bei Aufgaben im Zusammenhang mit der Unterdrückung von Unruhen, der Sicherung ländlicher Gebiete und der Teilnahme an Kämpfen und Verhaftungen. Eine Sondereinheit der Grenzpolizei ist die JAMAM (Akronym der Worte Spezial-Zentral-Einheit). Sie ist auch der deutschen Polizei durch die gemeinsame jährliche Ausbildung mit der GSG-9 der Bundespolizei bekannt. Bis vor etwa zehn Jahren bestand ihre Hauptaufgabe darin, sich mit dem Terrorismus zu befassen, aber ihre Rolle wurde auch auf komplexe kriminelle Lagen, beispielsweise bei Geiselnahmen, ausgeweitet.

Der Ausbildungsprozess der Polizei besteht aus verschiedenen Teilen und findet in der National Police Academy in Bet Schemesch im Bezirk Jerusalem statt. ■

DER NEUE OSG- WERBEMITTELKATALOG

WERBEMITTEL 2021
PERSÖNLICH | VIELSEITIG | AKTUELL



Jetzt anfordern!



**Gewerkschaft
der Polizei**



**ORGANISATIONS- UND SERVICE-GESELLSCHAFT
DER GEWERKSCHAFT DER POLIZEI MBH**

Werbemittelvertrieb · Postfach 309 · 40703 Hilden
Tel. 0211 7104-168 · Fax 0211 7104-4165
osg.werbemittel@gdp.de · www.osg-werbemittel.de

Alle Polizeiartikel und nützliche
Produkte finden Sie unter:

www.osg-werbemittel.de

Im Gespräch

„Polizeiarbeit ist ethisch und moralisch in höchstem Maße anspruchsvoll. Das ist eine zentrale Arbeitsanforderung. Dafür müssen wir ausbilden und das passende Personal finden.“

POLIZEI UND SOZIALE MEDIEN

Fehler besser managen

Führen kritische Aktivitäten Außenstehender in den sozialen Medien zu erkennbaren Effekten auf die Polizeiarbeit und ihre Beschäftigten? Was passiert mit den Menschen in der Polizei, wenn sie vor allem auf ihre vermeintlichen Fehler reduziert werden? Die Wissenschaft müsste es doch wissen. Und wenn es um den Forschungsgegenstand Polizei geht, ist die Deutsche Hochschule der Polizei (DHPol) die erste Adresse. DP-Chefredakteur Michael Zielasko sprach mit Prof. Dr. Andrea Fischbach. Sie leitet das dortige Department „Sozial-, Arbeits- und Organisationspsychologie“.

Michael Zielasko

DP: Polizeibeamtinnen und -beamte sind wie kaum eine andere Berufsgruppe einer permanenten Beobachtung ausgesetzt. Was macht das mit den Menschen in der Polizei?

Prof. Dr. Andrea Fischbach: Die Menschen in der Polizei sind Profis. Als Träger des Gewaltmonopols wissen sie, dass sie Verantwortung tragen und die Öffentlichkeit ein berechtigtes Interesse an der Polizeiarbeit hat.

DP: Aber Pauschalisierungen dürften doch individuelle Wirkungen hinterlassen?

Fischbach: Nein, auch das ist Teil der Professionalität. Wenn ich mir meine Forschung hier an der Deutschen Hochschule der Polizei (DHPol) anschau, kann ich vor den

Kolleginnen und Kollegen nur den Hut ziehen. Kaum ein Berufsstand schafft es nach meiner Meinung so gut, sich von Verallgemeinerungen, Provokationen, Pöbeleien – oder was auch immer – nicht persönlich angegriffen zu fühlen. Es gibt da ein starkes Berufsverständnis neutral und sachlich zu bleiben. Wir haben beispielsweise einmal in einer Studie gefragt, ob negative Aussagen über die Polizei in der Presse als Stress wahrgenommen werden. Wir fanden da keine Effekte.

DP: Besteht die Gefahr, dass polizeiliches Handeln zuvor auf die mögliche „Außenwirkung“ hin abgeklopft wird?

Fischbach: Zunächst geht es doch immer darum, Gefahren abzuwehren, für Sicherheit zu sorgen und für die freiheitlich-demo-

kratische Grundordnung einzutreten. Problematisch kann es werden, wenn sich bei einem Einsatz etwas ereignet hat, dass nicht so gut gelaufen ist oder sogar gegen Gesetze verstößt. Da müssen dann Ross und Reiter genannt werden. Da scheint es manchmal schwierig zu werden, ein vernünftiges Fehlermanagement zu gestalten, wenn dabei die Schere „Außenwirkung“ im Kopf ist. Das ist aber entscheidend: nicht einfach nach „faulen Äpfeln“ zu suchen und auf diese Argumentation zu bauen, damit es in der Außenwirkung „gut ankommt“.

DP: Was schlagen Sie vor?

Fischbach: Es muss geschaut werden, was in unserer Organisation, was in unserer Führung, was in der Ausbildung, was in der Kommunikation zwischen Polizei und Öffentlichkeit können wir künftig verbessern, damit es nicht mehr zu einem bekannten Problem kommt. Wissen Sie, wenn man nur „Schuldige“ sucht, das zeigt auch unsere Forschung, dann schafft das eine „Fehlervermeidungskultur“ nach dem Motto: „bloß keine Fehler machen“. Das ist eine Grundhaltung, die nur weitere Fehler produziert. Eine Organisation braucht aber eine „Fehlermanagementkultur“. Notwendig dafür sind eine moralische Grundhaltung und der Mut der Polizeiführung, Probleme anzusprechen.

DP: Das heißt?

Fischbach: Lasst uns nach den komplexen Ursachen im Wechselspiel zwischen einzelnen Menschen und Gruppen sowie der Organisation als Ganzes suchen, um am Ende Lösungen finden zu können. Und dann auch zuzugeben, wir haben da einen Fehler gemacht. Eine solche Haltung wird jedenfalls in der Ausbildung, im Studium an der DHPol und in den Fortbildungen, die wir anbieten, vermittelt.

DP: Provoziert die „interessierte Nähe“ der Bürger zur Polizei eine zunehmende Distanz der Einsatzkräfte zum Gegenüber?

Fischbach: Das kann ich so nicht erkennen. Die Bürgerinnen und Bürger vertrauen ihrer Polizei wie kaum einer anderen Berufsgruppe. Unsere Forschung zeigt, dass mit Bürgerorientierung und einem freundlichen Auftreten das subjektive Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger gestärkt



DP-Interviewpartnerin Univ.-Prof. Dr. Andrea Fischbach

ist Diplompsychologin und hat seit Sommer 2008 ihre Universitätsprofessur an der Deutschen Hochschule der Polizei (DHPol) in Münster-Hiltrup inne.

Foto: privat

wird. In der Ausbildung lernen die Beamtinnen und Beamten, wie sich durch deeskalierende Maßnahmen, Empathie und Kommunikation Gewalt verhindern lässt. Ich komme da wieder auf die Professionalität zurück. Wir haben hier in Deutschland ein sehr gutes Ausbildungssystem, gerade auch bei Fachthemen der Polizeiethik, Psychologie und der Kommunikationswissenschaften. Die Kolleginnen und Kollegen wissen, dass sie mit diesen Einsatztaktiken erfolgreich sind. Und darum geht es doch jedes Mal wieder: um einen erfolgreichen Einsatz und um Sicherheit und Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger.

DP: Suchen Beamtinnen und Beamte heutzutage häufiger psychologische Unterstützung?

Fischbach: Ich denke schon, und das ist auch Teil der Ausbildung und Professionalität. Die Mitarbeitenden wissen, es ist ganz normal, dass es auch psychische Probleme geben kann. Und es ist zum Glück längst kein Tabu mehr, sich psychologische Unterstützung zu suchen.

DP: Gibt es eine wirksame Methode mit diesem Stress umzugehen?

Fischbach: Aus Sicht der Polizeiorganisation geht es erst einmal darum, Stressoren zu erkennen und diese zu reduzieren. Das wünschen sich auch die Mitarbeitenden. Schlechte Führung, ein schlechtes Organisationsklima, die bereits angesprochene Fehlervermeidungskultur, unethisches Verhalten von Kolleginnen und Kollegen, arbeitsorganisatorische Probleme, organisationale Ungerechtigkeit, fehlende Möglichkeiten für Beteiligung und mangelhafte Transparenz innerhalb der Organisation – dies sind für die Kolleginnen und Kollegen belastende Stressquellen. Das belegt unsere Forschung und die vieler anderer auf nationaler und internationaler Ebene.

DP: Fehler erkannt, und wie weiter?

Fischbach: In der Polizei könnte deutlich mehr getan werden, um diese vermeidbaren organisationsinternen Stressoren abzubauen. Es ist ja so: die Aufgaben, die für den Polizeialien als vermeintlich stressend vermutet werden, zum Beispiel eine Todesfallermittlung, pöbelnde Demonstrierende, der Umgang mit gewaltbereiten Gruppen, Ermittlungen bei unfassbar schrecklichen

Ereignissen – das sind die „normalen“ Aufgaben. Wenn man diese Herausforderungen gut erledigt, kann man daraus Berufsstolz gewinnen und Arbeitsfreude erleben. Wichtig ist es, diese Arbeit durch unterstützende kollegiale Beziehungen, gute Führung, ein gutes Arbeitsumfeld sowie psychosoziale Beratung und Fortbildungsangebote zu unterstützen.

DP: Und darin liegt keinerlei Stress?

Fischbach: Zumindest kein genereller. Es kommt auf die Rahmenbedingungen und Ressourcen an, die es den Kolleginnen und Kollegen ermöglichen, diese extrem fordernden Aufgaben gut erledigen zu können. Stressend sind dann beispielsweise unnötige Aufgaben „on the top“. Oder, wenn die Kolleginnen und Kollegen den Sinn einer Maßnahme nicht nachvollziehen können, sie Aufgaben als unzumutbar erleben und sich womöglich unfair behandelt fühlen. Das ist, was wirklich stresst.

DP: Und wer ist dann der erste Ansprechpartner

Fischbach: Hier kann Führung sehr viel tun. Beispielsweise muss die Sinnhaftigkeit der Arbeit erklärt werden. Nicht alles ist den Kolleginnen und Kollegen auf den ersten Blick verständlich. Darüber hinaus müssen Aufgaben gut gestaltet werden. Es braucht Abwechslung, Anregung, genügend Komplexität, auch die Möglichkeit zur Zusammenarbeit. Ich als Mitarbeitende muss das Gefühl haben, ich tue etwas Sinnvolles, meine Beiträge werden beachtet und geschätzt, ich kann etwas für die Gesellschaft bewirken. Ich kann meine Kompetenzen einbringen und mich persönlich weiterentwickeln. Kein Beruf wie bei der Polizei bietet hier so viele Möglichkeiten!

DP: Das sind doch weiche Faktoren, oder? Wie kann man dem eine Statik geben?

Fischbach: Ganz und gar nicht, das sind harte Fakten! Auch hier zeigt unsere Forschung und internationale Forschung: das sind zentrale, wirksame Bestandteile guter Arbeit. Aber Führung kann noch mehr tun. Als Führungsperson mit einem gesundheitsförderlichen Führungsstil sorgen Sie für Erholungsmöglichkeiten und bauen Ressourcen für die Mitarbeitenden auf. Sie sorgen für regelmäßige freie Wochenenden. Sie er-

stellen Schichtpläne, die die arbeitsmedizinischen Leitlinien erfüllen. Und wenn dann noch die Kolleginnen und Kollegen persönlich gestärkt werden, zum Beispiel, indem sie Fortbildungen besuchen können, den Dienstsport regelmäßig machen, positive Rückmeldungen für gut erledigte Dinge erhalten, und die Kultur gepflegt wird, über persönliche Schwächen und Probleme offen sprechen zu können, ist der richtige Weg eingeschlagen. Und dann gibt es die Angebote der psychosozialen Unterstützung. Die sind besonders wichtig, wenn akute psychische Belastungen auftreten.

DP: Abschlussfrage, wie binden Sie an der Deutschen Hochschule der Polizei die Wirkungen sozialer Medien auf die Polizei ein. Und: Könnten diese Betrachtungen künftig an Gewicht gewinnen?

Fischbach: Wir haben ja eine Professur für Kommunikationswissenschaften. Hier liegt ein Schwerpunkt für diese Themen. Mein Kollege Stefan Jarolimek und seine Mitarbeitenden machen da hervorragende Arbeit im Fachgebiet Kommunikation, Medien und Öffentlichkeitsarbeit. Leider gibt es hier im Moment meiner Meinung nach noch viel zu wenig Stundendeputat für Lehrangebote. Vieles macht dieses Fachgebiet über Fortbildungsveranstaltungen. Ansonsten versuchen natürlich auch die anderen Fachgebiete diese Themen mit unterschiedlichen Perspektiven aufzugreifen, darunter das Fachgebiet Polizeiwissenschaften, Öffentliches Recht und Polizeirecht, das Fachgebiet Organisation und Personalmanagement und natürlich auch wir in der Psychologie unter den Gesichtspunkten Stress, Gewalt und vor allem der Polizeiintegrität. Polizeiarbeit ist ethisch und moralisch in höchstem Maße anspruchsvoll. Das ist eine – und auch unsere – zentrale Arbeitsanforderung. Dafür müssen wir ausbilden und das passende Personal finden. Unsere Kolleginnen und Kollegen stehen für die freiheitlich-demokratische Grundordnung ein. Darum geht es. Das braucht Transparenz und Öffentlichkeit. Das fördert das Vertrauen der Öffentlichkeit in die Arbeit der Polizei. Ohne Vertrauen der Öffentlichkeit in die Arbeit der Polizei kann die Polizei ihre Arbeit nicht machen. Eigentlich ganz einfach.

DP: Frau Prof. Fischbach, vielen Dank für das Gespräch.

Vor Ort

Die Corona-Workshop-Atmosphäre füllten die Teilnehmenden mit kreativem Leben. Auf dem Bild: (v.l.) Kai Christ (Thüringen), Jörg W. Schmitt (Baden-Württemberg) Ewald Gerke (Seniorengruppe), Lorenz Rojahn (Nordrhein-Westfalen) und Thomas Pfeil (Sachsen).



GdP-GESANDTE BRÜTEN ÜBER KAMPAGNE

Politische Botschaften mit unverwechselbarer Handschrift

Die ersten Ideen für eine vom stellvertretenden Bundesvorsitzenden Dietmar Schilff angeregte Großdemonstration samt Kundgebung der Gewerkschaft der Polizei (GdP) – am 6. November vor dem Berliner Bundesratsgebäude – waren zum vergangenen Jahreswechsel bereits geschmiedet. Dann kam Corona und damit andere Sichtweisen.

Michael Zielasko



Kampagnen-Initiator und GdP-Vize Dietmar Schilff erläutert die Idee hinter der groß angelegten Aktion.



Die Teilnehmenden blieben zwar auf Abstand, kamen sich jedoch bei der Projektskizzierung sehr nahe.

Sehr schnell ging der entschlossene Initiator auf Abstand zur Demo und schwenkte um auf eine bundesweit aktive Kampagne. Eine Kampagne mit politischer Schlagkraft sowie der unverkennbaren Handschrift der GdP. Nach allerlei Vorbereitungen, darunter beispielsweise die Auswahl einer passenden Agentur, schlugen die Beteiligten Anfang August den Weg in die inhaltlich-kreative Phase der Projektverwirklichung ein.

Teilnehmende aus nahezu allen Ländern und Bezirken, der Personengruppen sowie der Bundesgeschäftsstelle hatten sich an einem für eine solche Personenzahl geeigneten Ort versammelt und gingen gemeinsam mit der betreuenden Agentur in medias res.

Ein klares Ziel müsse es natürlich sein, so stellte Kampagnenchef Dietmar Schilff zu Beginn fest, vergangene Aktionen zu übertreffen. Nach der sehr erfolgreichen, deutschlandweiten „Wir brauchen Verstärkung“-Kampagne, die im November 2015 am Brandenburger Tor offiziell vom Stapel gelassen worden war, geriet dies zu einer durchaus sportlichen Aufgabe, die die GdP-Gesandten trotz drückender Hitze jedoch hochmotiviert absolvierten.

Themen, Haltungen und eine starke Botschaft, die alle Aktivitäten unter einem „Kampagnendach“ vereint, sollten in den folgenden Stunden, teils in abstandswahrenden Mini-Workshops, erarbeitet und verabschiedet werden – dazu Zielgruppen ausgewählt und mögliche Allianzen erörtert. Auch durfte ein bisschen kreativ gesponnen werden. All das hat geklappt.

Unterdessen haben sowohl der Geschäftsführende als auch der GdP-Bundesvorstand die Kampagne beschlossen.

Viel verraten wird an dieser Stelle noch nicht. Das erfolgt dann in der November-DP. Nur so viel: Es wird um Wertschätzung gehen, und wer Wertschätzung wie ausdrücken kann und sollte.

Und wenn es losgeht, im November, dann haben sich alle Beteiligten ein Glas Kampagner, ähm Champagner, verdient. Man darf gespannt sein. ■

Hinterfragt



Duisburg: Die Gedenkstelle für die Opfer der Loveparade 2010.

STRAFVERFAHREN ZUR LOVEPARADE 2010 EINGESTELLT

Ein Versagen des Rechtsstaates?

Vor zehn Jahren, am 24. Mai, endete die Duisburger „Loveparade“ in einer Katastrophe. Die rechtliche Aufarbeitung dauerte fast ein Jahrzehnt. DP-Autor Heinrich Bernhardt durfte als Gutachter für eine große Anwaltskanzlei schon früh Einblick in die damaligen Schriftsätze nehmen. Sein Blick auf das Verfahren und dessen Ende.

Heinrich Bernhardt

Polizeipräsident a.D.

Unter rechtsstaatlichen Gesichtspunkten ist der Abschluss des „Loveparade“-Verfahrens ohne Urteil für viele Beteiligte kaum zu ertragen. Dem Sühnedanken folgend hätte eine Strafgerichtsentscheidung ergehen sollen – über Fehler und Schuldige. Der 6. Großen Kammer des Landgerichts (LG) Duisburg ist insoweit

jedoch nichts anzulasten. Angesichts der zu erwartenden absoluten Verfolgungsverjährung blieb ihr nur die Verfahrenseinstellung übrig. Der vorwerfbare Mangel liegt vielmehr in den Zeitverzögerungen bis zum Übergang in seine Hände.

Ob diese der Staatsanwaltschaft anzulasten sind, ist zu bezweifeln. Denn sie unterlag

der großen Herausforderung, alle Details herauszuarbeiten, bevor sie eine Anklage erheben konnte. Ein Fragezeichen hinterlässt sie jedoch insofern, als nicht erkennbar wurde, ob sie den wahren Verursachern nachgegangen war – Oberbürgermeister, Dezernenten, Veranstalter und deren direkt unterstellten Vorgesetzten.

Das gerüttelt Maß an Verfahrensverzögerungen muss sich jedoch die 5. Große Kammer des LG ankreiden lassen. Hätte sie sich intensiv und energisch sofort der Anklageerhebung zugewandt, statt sich nach Art und Umfang in deren Ablehnung zu verlieren, wäre der enorme Zeitverzug vermieden worden. Annähernd weitere drei Jahre verstrichen, bevor die Hauptverhandlung beginnen konnte.

So entging der Nachwelt ein lehrhaftes Urteil. Eine Verweigerung des Rechtsstaates, oder!? Möge sich ein solcher Verfahrensabschluss nie wieder ereignen.

„Die Kleinen hängt man ...“

Es kam, wie es Wochen zuvor in den Medien angekündigt worden war. Begleitet von Schlagzeilen wie „Einstellung des Loveparade-Prozesses: Ein Schandfleck“ oder „Ein Schlag ins Gesicht für Opfer und Angehörige“ stellte die 6. Große Kammer des Landgerichts (LG) Duisburg das Verfahren am 4. Mai ein. Nach neuneinhalb Jahren fand so die strafrechtliche Aufarbeitung der tragischen Ereignisse bei der Loveparade 2010 ein jähes Ende.

Die Reaktionen folgten auf dem Fuß: das Kopfschütteln vieler Bürger, der Verdruss der Angehörigen, die den Tod von 21 Menschen beklagten, und der über 600 Verletzten und Traumatisierten sowie der Anwälte, die die Nebenklagen vertraten. Von den ehemals 16 Beschuldigten zu Beginn der Ermittlungen, darunter die zuständigen Dezernenten für Bauaufsicht und Ordnung der Stadt Duisburg, wurde noch gegen drei verhandelt. Dem anonymisierten Text zufolge dürften es mutmaßlich die unmittelbaren Exekutivverantwortlichen der veranstaltenden Firma gewesen sein.

Wenn man so will, letztlich die unterste Verantwortungsebene und nicht die Hierarchie der Vorgesetzten in der Bauaufsichts- und Ordnungsverwaltung der Stadt, geschweige denn der damalige Duisburger



DP-Autor Heinrich Bernhardt

trat 1963 in die Polizei ein und durchlief in 47 Dienstjahren alle Laufbahnen. Seine Karriere schloss er als Leiter des Polizeipräsidiums Südosthessen (2003 bis 2010) ab. Bernhardt durfte als Gutachter für eine große Anwaltskanzlei schon früh Einblick in die damaligen Schriftsätze nehmen.

Foto: privat

Oberbürgermeister sowie der Chef der veranstaltenden Firma. So blieben am Schluss nur die übrig, denen wohl schwerlich fundamentale Pflichtverletzungen vorzuwerfen waren: Die Kleinen hängt man, und die Großen lässt man laufen, oder? Ist die Einstellung unter Beachtung des strafrechtlichen Sühnegebots – aus dem Blickwinkel der Opfer, ihrer Angehörigen, der Verletzten und der Bürger – rechtstaatlich notwendig und vertretbar?

Fragen über Fragen

Warum benötigte die Staatsanwaltschaft drei Jahre bis zum Erstellen der Anklage und deren Einreichen beim LG Duisburg? Warum benötigte die 5. Große Kammer mehr als zwei Jahre, um die Anklage mit einer 460-seitigen Begründung abzulehnen und damit die Beschwerde der Staatsanwaltschaft beim Oberlandesgericht (OLG) Düsseldorf auszulösen? Hätte die Kammer nicht auf diese unnötige Zeitverzögerung verzichten können (müssen), an deren Ende eine Watsche durch das OLG herausprang: die Zulassung der Anklage am 18. April 2017 mit der Verpflichtung für die 6. Große Kammer des LG, das Hauptverfahren zu eröffnen.

Der Staatsanwaltschaft sei zuerkannt, dass sie aufgrund der Komplexität gezwungen war, umfangreiche Materialien zu erheben, Unterlagen und Akten zu sichten, Fachgutachten einzuholen und mit polizeilicher Unterstützung eine Vielzahl von Zeugen-Vernehmungen durchzuführen. Eine Mammutaufgabe mit entsprechendem Fortlauf bei den Gerichten.

Bei kritischer Beleuchtung der Abläufe vermisst man bei allen justiziellen Stufen den vorausschauenden Blick auf die drohende „absolute Verfolgungsverjährung“ nach zehn Jahren. Hätten sie dies antizipiert und sich den daraus folgenden Pflichten unterzogen, so hätten sie erkannt, dass es notwendig war, ohne Verzug alle geeigneten und rechtlich zulässigen Maßnahmen zur Beschleunigung des Verfahrens zu ergreifen, um zeitnah ein Urteil zu erreichen. Dass dies im Strafprozess weitaus schwieriger ist als beispielsweise bei Verwaltungsgerichtsverfahren ist Fachkundigen bekannt.

Während bei Verwaltungsgerichten vieles per schriftlicher Erhebung erledigt werden kann, ist dies bei Strafgerichten ungleich schwieriger und aufwändiger. Dort ist

es den Richtern grundsätzlich nur erlaubt, die entscheidungsrelevanten Beweise und Erkenntnisse unter Beachtung des Mündlichkeitsprinzips in der Hauptverhandlung zu erheben. Eine Entschuldigung für die lange Verfahrensdauer lässt sich dennoch nicht zwingend daraus ableiten. Selbstverständlich unterliegen alle justiziellen Beteiligten – Staatsanwaltschaft und Richter – nicht dem „Pareto-Prinzip“, herkömmlich auch „80/20-Methode“ genannt. Ihnen ist es daher verwehrt, ihre Arbeit auf den Kern des absolut Notwendigen einzudampfen. Trotz allem muss sich insbesondere die 5. Große Kammer des LG vorhalten lassen, dass sie durch die Ablehnung der Anklagezulassung maßgeblich zur Zeitverzögerung beitrug und damit verhinderte, den Prozess mit einem Urteil zu Ende zu bringen.

Fataler Verlauf

Nach einem langen Vorlauf der Planungen, an denen neben dem Veranstalter und seinem Stab alle hierarchischen Ebenen der Bau-, und Ordnungsverwaltung der Stadt sowie Polizei, Feuerwehr und Sanitätsdienste beteiligt waren, war die Veranstaltung erst kurz vor ihrer Durchführung genehmigt worden. Zum Erstaunen aller lagen die Genehmigungen erst einen beziehungsweise zwei Tage vor Beginn vor.

Die weit überwiegend über den Duisburger Bahnhof anreisenden Besucher wurden über zwei große Straßenzüge westlich und östlich des Veranstaltungsgeländes herangeführt. Am Nachmittag, gegen 16 Uhr, verdichtete sich der Besucherstrom auf den zuführenden Straßen zu einer unüberschaubaren Menge. Im Tunnel unmittelbar an der Rampe ging es nicht mehr vorwärts oder rückwärts. Eingeleitete Eingriffsmaßnahmen mit dem Ziel, den Zustrom der Menschen zu stoppen oder noch zu lenken, blieben erfolglos. Die an der Rampe entstandene Menschenverdichtung war nicht mehr aufzulösen. Einzelnen gelang es noch zu entkommen, doch 21 Menschen wurden zu Tode gequetscht und Hunderte verletzt.

Nicht mehr zu stoppen

Der Großteil derer, die sich vor und nach der Veranstaltung mit der Thematik befassten,

so auch der „ungeliebte“ britische Gutachter Keith Still, ließen keinen Zweifel daran, dass die folgenreichen Ereignisse aus einem Bündel pflichtwidriger Unterlassungen während der Planungen resultierten. Dagegen steht bis heute die Mindermeinung, die den Kern der Ursachen in Vollzugsdefiziten sieht, die unmittelbar vor beziehungsweise beim Eintritt des Krisenfalls an jenem Nachmittag entstanden seien.

Wer immer Recht haben mag; er findet aufgrund des Verfahrensende leider keinen Rückhalt in einem Gerichtsurteil. Zweifellos liegen dem Schadensereignis multiple Ursachen zugrunde: eine Kumulation korrelierender Planungs- und Organisationsfehlern, getragen von einer „organisierten Verantwortungslosigkeit“: Die Krise ließ sich nicht mehr korrigieren oder stoppen.

Die Ursachen

Es waren multiple Ursachen, die den erschütternden Verlauf der Loveparade erst ermöglichten: die unzureichend überprüfte Übernahme des vom Veranstalter angenommenen Besucherzuspruchs, das zu geringe Fassungsvermögen der Veranstaltungsfläche, das Zusammenzwängen von Besucherströmen, die naive Vorstellung, über Vorsperren beziehungsweise Vereinzelungsanlagen oder sogenannte Pusher eine euphorisierte Menschenmenge „lenken“ zu können, das Fehlen ausreichender Leitbeschilderung sowie das Einrichten geeigneter Lautsprecheranlagen, autarke branchenbezogene, weit auseinanderliegende Sicherheitszentralen, keinerlei organisatorische Vorkehrungen für eine wirksame Besucherbegrenzung, das Fehlen eines zuständigkeitsübergreifenden ausdrücklichen Einvernehmens über das veranstalterseitige Sicherheitskonzept sowie unzureichende Genehmigungen hinsichtlich der Nutzungsänderung des Veranstaltungsgeländes und einer Sondernutzungsgenehmigung für die öffentlichen Straßen.

Die wahrscheinlichen Verursacher

Reduziert man die Ursachen auf die massiven Planungs- und Organisationsfehler, geraten zuvorderst der Veranstalter und die obersten Entscheidungsträger der Stadt

Die Dauer des Verfahrens!?

Duisburg ins Visier. Folgt man dem im Strafrecht geltenden „Äquivalenzprinzip“, so spricht vieles dafür, dass deren Aufsichtspflichtverletzungen die maßgeblichen Ursachen für das Desaster setzten. Dagegen dürften die Verursachungsbeiträge der Sachbearbeiter als nachrangig einzuschätzen sein, sofern sie keine Chance hatten, eigene oder gehörte Bedenken in den Planungsprozess einzubringen und sich gegen die Vorstellungen der Vorgesetzten zu stellen.

Damit richten sich die Vorwürfe hauptsächlich gegen die unmittelbaren Vorgesetzten und hier besonders gegen die Dezenten. Nach allem, was bekannt ist, verweigerte sich der Dezernent der Bauaufsicht – warum auch immer – jeglicher konstruktiver Mitarbeit und versagte sich der Anleitung seiner Mitarbeiter sowie deren Anhörung. Nicht geringer erscheint der Pflichtenverstoß des Ordnungsdezernenten, dem die gesamte Koordination der Planungen übertragen worden war und der die wichtigen Planungsbesprechungen selbst leitete. Er unterließ es, sich nicht nur den kritischen Beiträgen aller Sachbearbeiter zu stellen, die aus ihren Arbeitsgesprächen hätten über die Bedenken bedeutsamer Mahner berichten können. Jene, die es für völlig undenkbar hielten, nicht nur das Gelände des alten Güterbahnhofs als Veranstaltungfläche zur Nutzung freizugeben, sondern auch die Veranstaltungsbesucher auf den aufgezeigten Wegen heranzuführen. Nicht nur das: Sein augenscheinliches Dominanzverhalten, geprägt vom unbedingten Willen, Duisburg als Veranstaltungsort zur Verfügung zu stellen, verstellte ihm den kritischen Blick und gestattete es den meisten Besprechungsteilnehmern nicht, ihm zu widersprechen.

Gleichermaßen versäumte er es, rechtzeitig die vorgesehenen Genehmigungen kritisch durchzusehen und vor deren Herausgabe allen Beteiligten zur Durchsicht und Prüfung zuzuleiten. Dass ihm bei alledem auch der Fehler unterlief, in der entscheidenden Besprechung mit allen Sicherheitsverantwortlichen das Sicherheitskonzept des Veranstalters nur einer konkludenten Zustimmung zu unterziehen, statt deren Einvernehmen – wie durch Paragraph 43 Abs. 2 Versammlungsstättenverordnung (VStättV) vorgesehen – schriftlich einzuholen, ist kaum entschuldigbar.

Noch gravierender dürfte das völlige Versagen des damaligen Oberbürgermeisters

Unmittelbar nach dem Ereignis

Die Staatsanwaltschaft Duisburg leitet unverzüglich die Ermittlungen ein und fasst deren erste Ergebnisse in seiner „Einleitungsverfügung“ vom 17. Januar 2011 zusammen.

einzuordnen sein. Er hat Unterlagen zufolge rein gar nichts unternommen, um sich über die Planungen und Vorbereitungen auf allen Ebenen seiner Verwaltung zu informieren und notfalls dagegen zu steuern. Damit wurde er in keiner Weise seiner Stellung gerecht, die sich aus der nordrhein-westfälischen Kommunalverfassung ergab. Danach stand er im Gegensatz zum Kollegialprinzip anderer Gemeindeordnungen nicht nur seinen Beigeordneten vor, sondern war auch berechtigt, diese und alle Mitarbeiter der Verwaltung konkret anzuweisen.

Warum die Staatsanwaltschaft darauf nicht einging, erschließt sich bis heute nicht. Es mag sein, dass der Oberbürgermeister durch sein Verhalten nicht unmittelbar die Ursachen setzte. Er muss sich jedoch aufgrund seiner bewussten oder auch unbewussten Interessenlosigkeit vorhalten lassen, in keiner Weise seinen Aufsichtspflichten gegenüber seinen Mitarbeitern nachgekommen zu sein.

Gleiches gilt für den Chef der Firma Lopavent. Ob und wie er mit seinen nachgeordneten Mitarbeitern kommunizierte und diese mit Begeisterung zur Beachtung der Verkehrssicherungspflicht (Paragraph 823 ff. Bürgerliches Gesetzbuch (BGB)) anhielt, wird nicht klar. So bleibt auch ihm nicht der Vorwurf erspart, im Gespräch mit den Behördenspitzen augenscheinlich vieles euphemistisch betrachtet und vorgetragen zu haben. Inwieweit daraus Kausalitäten und Pflichtverletzungen für das konkrete Geschehen resultierten, hätte man gern aus einem Urteil des Gerichts erfahren.

Kritisch zu betrachten sind auch die nach und nach erfolgten Verfahrenseinstellungen gegen die Vertreter der unterschiedlichsten Ebenen. Man hätte gern erfahren, wen es betraf und welche Gründe dafür maßgebend waren. Mangels öffentlich einsehbarer Beschlüsse blieb dies jeder Erkenntnisgewinnung verschlossen.

4. Mai: Die Einstellungsverfügung

Nach eingehender Durchsicht des 44-seitigen Beschlusses kann man gegen die juristisch feinzisierte Begründung kaum etwas einwenden. Letztlich lässt sich gegen die Einstellung auch deshalb nichts vorbringen, da sie augenscheinlich davon bestimmt

10.02.2014

Staatsanwaltschaft reicht Anklage bei der 5. Kammer des Landgerichts Duisburg ein.

30.03.2016

5. Große Kammer des LG Duisburg lehnt Zulassung der Anklage ab (460 Seiten).

war, nach 184 Verhandlungstagen endlich einen Schlussstrich zu ziehen, bevor die absolute Verfolgungsverjährung in diesem Juli zwangsweise ein Ende setzen würde.

Soweit die Einstellung nach Paragraph 153 Abs. 2 Strafprozessordnung aufgrund geringer Schuld der drei Angeklagten begründet wurde, spricht nichts dagegen. Abgesehen davon, dass es dem Beobachter aufgrund der Anonymisierung der betroffenen Personen und ihrer vormaligen Funktionen versagt blieb, die genauen Begründungen zu lesen. Anzunehmen ist, dass die Einstellung auch die „Richtigen“ begünstigte. Jene, denen – wenn überhaupt – nur geringe Ursachenbeiträge und schwache Pflichtverletzungen anzulasten waren. Soweit die Kammer besonders wertete, „dass die tragischen Ereignisse (...) nach bisherigen Erkenntnissen auf das Zusammenwirken einer Vielzahl miteinander korrelierender Ursachen zurückzuführen sein dürften“ (...), die nach fast zehn Jahren nicht mehr erhoben und einem „Sachurteil“ zugeführt werden konnten, erscheint dies insoweit verständlich.

Ebenfalls keiner qualifizierten Kritik zugänglich ist die Feststellung der Kammer, dass es ihr nach den von ihr angegebenen Rechtsquellen versagt war, die Ursachenbeiträge und die Schuld dieser Angeklagten – außerhalb eines regulären Abschlusses des Hauptverfahrens zu bewerten. Soweit es dennoch näher auf das Geschehen einging, bat es ausdrücklich darum, dies nicht als eine gerichtliche Schuldfeststellung oder -zuweisung zu verstehen, „sondern allenfalls als Beschreibung und Bewertung der Verdachtslage, wie sie sich aufgrund der bisherigen Beweisaufnahme sowie dem weiteren Akteninhalt, insbesondere dem vorbereitenden schriftlichen Gutachten des Sachverständigen Professor Dr. Jürgen Gerlach, darstellt.“

Die Kammer führte den eigentlichen Sachverhalt dann so aus, wie er sich dem Gericht mit hinreichender Wahrscheinlichkeit offenbart hatte. Mit der Beschreibung der Planungen und des Vollzugs der Veranstaltung folgte es weitestgehend den Veröffentlichungen und dem, was dem Verfasser in Eckpunkten bekannt war. Bemerkenswert dabei ist der Hinweis darauf, dass die veranstaltende Firma erst am 10. Juni 2010 – also etwa eineinhalb Monate vor Durchführung der Veranstaltung – die entsprechenden Genehmigungen beantragt hatte. Daraus habe

18.04.2017

OLG Düsseldorf lässt die Anklage zu und verpflichtet die 6. Große Kammer des LG Duisburg, das Verfahren zu eröffnen (231 Seiten).

08.12.2017

Beginn der Hauptverhandlung vor der 6. Kammer des LG Duisburg

06.02.2019

6. Kammer des LG Duisburg stellt mit Zustimmung der Staatsanwaltschaft das Verfahren gegen mehrere Angeklagte ein. Von ehemals 13 Beschuldigten zu Beginn der staatsanwaltlichen Ermittlungen waren somit nur 3 übrig geblieben.

04.05.2020

6. Kammer des LG Duisburg stellt das Verfahren gegen die verbliebenen drei Angeklagten ein. Das Strafverfahren „in Sachen Loveparade“ findet damit nach über neun Jahren sein Ende.

sich ein Schriftverkehr entwickelt, bei dem das Amt für Baurecht und Bauberatung gegenüber der Veranstalterin feststellte, „dass die zulässige Anzahl der Besucher bei 220.000 liegen dürfte und die für diese Anzahl von Personen erforderliche Breite der Rettungswege bisher nicht ordnungsgemäß dargestellt worden sei.“

An den folgenden Fachgesprächen, an denen eine Vielzahl hochrangiger Experten teilgenommen und die Gelegenheit wahrgenommen hatten, seien deren Bedenken zum Fassungsvermögen der Veranstaltungsfläche, dessen Erschließung und Entfluchtung sowie unter anderem zum Brandschutz, vorgebracht worden. Ob sie dabei immer in der gebotenen Klarheit und Nachdruck durchdrangen und insbesondere den Dezernenten für das Ordnungswesen zu überzeugen vermochten, wird nicht erkennbar. Im Ergebnis änderte dies wohl nichts an den Inhalten der bekannten unzureichenden Genehmigungen, die von Art, Inhalt und Umfang her in keiner Weise dem möglichen Entstehen eines Krisenfalls vorbeugend entgegen wirkten.

Die Bewertung des Gerichts, ob und in welcher Bedeutung die Polizei bei Eintritt des Krisenfalls maßgebliche Ursachen für den tragischen Verlauf setzte, beispielsweise durch die unzureichende Bereitstellung

ausreichender Einsatzkräfte oder durch falsche Anweisungen beziehungsweise Unterlassungen, zum richtigen Zeitpunkt und am richtigen Ort den Zugang zur Veranstaltungsfläche zu sperren, bleibt anderen überlassen. Schon allein deshalb, um als früheres langjähriges Mitglied der Polizei nicht den Vorwurf der Befangenheit zu ernten. Allerdings sei es erlaubt anzumerken: Die Kammer lässt nicht erkennen, ob und mit welchem Tiefgang es zu seiner Bewertung gekommen ist. Dazu hätte es die Beurteilung von Fachleuten einholen müssen, die sich mit den polizeilichen Strategien, Taktiken und praktischen Möglichkeiten im Konfliktfall auskennen.

Was der Einstellungsbescheid in besonderer Weise vermissen lässt, ist die Befassung mit der Frage der Zuständigkeit und Rolle der Polizei bei einer solchen Veranstaltung: Ihre Präsenz und ihr vorausschaubares Tätigwerden überragt nicht die Verkehrssicherungspflicht des Veranstalters und erst recht nicht die Gefahrenabwehrpflichten der Spezialbehörden. Die Aufgabenstellung der Polizei ist subsidiär und nicht davon bestimmt, etwaigen Planungs- und Organisationsmängeln anderer durch eine alles übergreifende eigene Einsatzplanung vorzubeugen. Die Unterschiede von Safety und

Security sind in der Literatur hinreichend herausgearbeitet worden.

Bei alledem kann der Verfasser seiner früheren Branche dennoch nicht den Vorwurf ersparen, dass sie es nach den vorgelegten Unterlagen in der Planungsphase versäumte, frühzeitig und nachdrücklich ihre Position und ihre Bedenken gegen die Durchführung der Veranstaltung zu verdeutlichen. Daraus folgend hätte es sich möglicherweise geboten, die vorgesetzten Stellen, insbesondere das Innenministerium, einzuschalten.

Höchst kritisch zu betrachten ist auch, dass das 3.800-seitige Gerlach-Gutachten weder den Nebenklägern vorlag noch in irgendeiner Weise der Öffentlichkeit zugänglich war. Dies mag aus strafprozessualen Gründen verständlich sein; dann aber hätte das Gericht auch davon Abstand nehmen sollen, in seinem Einstellungsbeschluss darauf Bezug zu nehmen. Nichts anderes gilt für die Anmerkung, das Gutachten könne in einen etwaigen Zivilprozess eingeführt werden. Ein Hinweis – wie ihn der Autor interpretiert – darauf, dass die Opfer und Nebenkläger auf diesem Wege ihre angestrebte Satisfaktion erreichen könnten, die ihnen das Gericht mangels eines abschließenden Urteils nicht verschaffte. ■

ANZEIGEN

KAPITALMARKT

Beamtendarlehen 10.000 € - 120.000 €
 Vorteile: Vorteilzins für den öffentl. Dienst, Umschuldung: Raten bis 50% senken, Baufinanzierungen echt günstig
0800 - 1000 500 Free Call
 Wer vergleicht, kommt zu uns. Seit über 40 Jahren.

NEUER exklusiver Beamtenkredit - Unser bester Zins aller Zeiten - Sensationell günstig
2,50% echter Vorteilzins

 effektiver Jahreszins
SUPERCHANCE Teurere Kredite, Beamtendarlehen/Versicherungsdarlehen & Girokredite sofort entspannt umschulden. Reichsparen mit unserem neuen Exklusivzins, warum mehr zahlen.
 Unser neuer und bester Zins aller Zeiten, noch nie waren die Zinskosten so gering!
Deutschlands günstiger Spezial-Beamtenkredit ohne Versicherungen

Repr. Beispiel gemäß §6a PAngV (2/3 erhalten): 50.000 €, Lfz. 120 Monate, 2,50% eff. Jahreszins, fester Sollzins 2,47% p.a., mtl. Rate 470,70 €, Gesamtbetrag 56.484,- €
 Vorteil: Kleinzins, kleine Rate. Annahme: gute Bonität.

AK FINANZ
 Kapitalvermittlungs-GmbH
 E3, 11 Planken
 68159 Mannheim
 Tel.: (0621) 173180-0
 info@ak-finanz.de
 www.AK-Finanz.de

Finanzierung für Hausbesitzer
 Raten um bis zu 50 % senken, auch bei Kreditkündigung, Zwangsversteigerung, neg. Schufa
www.ihr-bankpartner.de
 Tel.: 03681-351703

Top-Finanzierung für Beamte, Angestellte, Arbeiter im Öffentlichen Dienst sowie Akademiker Seit 1997

Unser Versprechen: „Nur das Beste für Sie aus einer Auswahl von ausgesuchten Darlehensprogrammen“
 Schnell und sicher für jeden Zweck: Anschaffungen, Ablösungen von anderen Krediten oder Ausgleich Kontoüberziehungen.
 Immobilien-Finanzierung mit Zinsfestschreibung bis zu 20 Jahren oder für die gesamte Laufzeit.

Unverbindliche Finanzierungsberatung für Sie. Rufen Sie uns jetzt gebührenfrei an oder besuchen Sie unsere Webseite.

Top-Finanz.de · Nulltarif-0800-33 10 332
 Klaus Wendholt · Unabhängige Kapitalvermittlung · Prälat-Höing-Str. 19 · 46325 Borken



JETZT INFORMIEREN!

Viele Informationen und Tipps auf dem Präventionsportal der Gewerkschaft der Polizei

POLIZEI DEIN PARTNER
 Gewerkschaft der Polizei
 Das Präventionsportal

www.Polizeifeste.de
Alle Polizeifeste auf einen Blick

Innenleben

GdP-SENIORENGRUPPE

Uns gibt es noch!

Die eine oder der andere denkt sicherlich: Man hört und sieht nichts von der Seniorengruppe und der Seniorenarbeit in der GdP. Wer jedoch immer mal wieder DP oder auf den GdP-Seiten im Internet unterwegs ist, der merkt hoffentlich, dass sich viele Seniorenfunktionärinnen und -funktionäre auf Bundes-, Landes- und Bezirksebene auch in Corona-Zeiten kümmern und engagieren. Zugegeben: Es ist alles seit Beginn der Pandemie schwieriger und auch teilweise umständehalber weniger geworden. Aber wie schon ausgeführt: Es gibt uns noch – auch den Geschäftsführenden Bundesseniorenvorstand (GBSV).

Ewald Gerke und Hans Werner Fischer

Als Anfang des Jahres die Medien über eine Pandemie mit einschneidenden Maßnahmen für die Bevölkerung im chinesischen Wuhan berichteten, dachte niemand, dass es auch uns treffen könnte. Mit den ersten Meldungen von Corona-Erkrankungen in Bayern, im österreichischen Ischgl und in Heinsberg (NRW) war das Virus zwar angekommen, wer ahnte jedoch, welche Auswirkungen es auf unser aller Leben haben würde.

Mit den Ende März erlassenen Ausgangsbeschränkungen und Hygienemaßnahmen änderten sich auch gewohnte GdP-Abläufe. Bis Ende August wurden Präsenzsitzungen, Schulungen und Veranstaltungen erst einmal komplett abgesagt. Als man immer mehr über das Virus-Verhalten erfuhr, wurde schnell klar, dass es bis zu einer flächendeckenden Schutzimpfung bei erheblichen Einschränkungen bleiben würde.

Natürlich betrafen die Maßnahmen auch die GdP-Seniorengruppen. Sitzungen, Se-

minare oder Treffen fanden nicht statt oder wurden als Telefon- und Videokonferenzen durchgeführt.

Was geschah seitdem in der Seniorengruppe Bund? Der für Mitte Mai terminierte bundesweite GdP-Seniorentag „Erfahrung gestaltet Zukunft“ mit den Themenschwerpunkten „Fit im Alter, Digitalisierung und Zukunft der GdP-Seniorengruppe“ konnte nicht stattfinden. Es galt, rasch einen Ersatztermin zu finden. Dieser Seniorentag soll nun im Oktober 2021 in Potsdam stattfinden. Viel Vorarbeit durch die Bundesgeschäftsstelle und die Mitglieder des GBSV wurde auf Eis gelegt und kann hoffentlich im kommenden Sommer wieder aufgetaut werden.

Mehr Mitbestimmung für die Älteren

Im Arbeitskreis „Senioren“ des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) – darin vertre-

ten Mitglieder des GdP-GBSV sowie die zuständige Gewerkschaftssekretärin der Bundesgeschäftsstelle – beschäftigen wir uns seit einiger Zeit mit der Seniorenbeteiligung im gesellschaftlichen und politischen Leben hierzulande. Im digitalen Info-Austausch und in Videokonferenzen arbeiten die Seniorenvertreter der Einzelgewerkschaften an ihren Vorstellungen. Es wird mehr als nur die Mitwirkung auf örtlicher, auf Landes- und auf Bundesebene gefordert, sondern eine Mitbestimmung. Dazu braucht es auf Bundes- und Landesebene politische (gesetzliche) Vorgaben, die die Beteiligung der Älteren regeln. Hier gilt es wie bei der Jugend, die spezifischen Belange in die Entscheidungsprozesse auf allen Ebenen einzubringen. Teilhabe am politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Leben muss barrierefrei möglich sein. Eine flächendeckende, digitale Infrastruktur, die bezahlbar sein muss, ist eine zwingende Voraussetzung. Aber auch der Öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV), die Versorgung mit Alltagsgütern und die medizinische Infrastruktur sind weitere erwähnenswerte Punkte. Es sind „dicke Bretter“ zu bohren.

Ein weiterer Schwerpunkt in der Zusammenarbeit mit den DGB-Senioren ist die Diskriminierung aufgrund des Lebensalters. Dies betrifft nämlich nicht nur die Älteren. Im Bereich der Versicherungswirtschaft wird dies am deutlichsten. Beiträge für Leistungen orientieren sich vielmals nicht an der zu erbringenden Leistung, sondern an persönlichen Merkmalen der Versicherungsnehmenden.

Gut organisiert

Die Seniorengruppe (Bund) ist Mitglied in der Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen (BAGSO). Die über einhundert dort vertretenen Verbände und Organisationen beschäftigen sich neben aktueller Fragen der Seniorenpolitik, Digitalisierung, Gesundheit und Pflege sowie freiwilligem Engagement und Partizipation mit den Auswirkungen der Pandemie oder beraten über die Altenberichte der Bundesregierung und verfassen Stellungnahmen unter anderem an die zuständigen Ministerien. Auch zu alltäglichen Hilfestellungen, Tipps und Anregungen wird Infomaterial erarbeitet, das übrigens vielfach kostenlos angefordert werden kann.

Deutlicher Zuwachs

Mit der Pensionierung der Babyboomer-Generation erfahren die GdP-Senioren einen deutlichen Zuwachs an zu betreuenden GdP-Mitgliedern. Da jede Generation ihre eigenen Lebensschwerpunkte setzt und eigene Interessen hat, ist es für den Seniorenvorstand eine Herausforderung, diesen Generationsinteressen gerecht zu werden. Es bedarf, gewerkschaftspolitische Schwerpunkte zu finden – und zu setzen –, um den berechtigten Interessen dieser Tausenden GdP-Mitglieder gerecht zu werden. „Erfahrung gestaltet Zukunft“ ist nicht nur ein Slogan, sondern ein mit Leben zu erfüllender Auftrag.

Deshalb hat der Bundesseniorenvorstand (BSV), dem alle Landes- und Bezirksseniorenvorsitzenden angehören, schon vor Beginn der Pandemie begonnen, eine entsprechende Zukunftsvision zu erarbeiten. Auf dem verschobenen Seniorentag 2020 sollten die Teilnehmer erste Pflöcke einschlagen, darunter erkennbare Schwerpunkte der Seniorenarbeit und das Entwickeln von Handlungskonzepten. Der BSV hat beschlossen, auf regionalen Seniorenveranstaltungen mit den Mitgliedern im Gespräch und in der Diskussion ihre Interessenschwerpunkte und Vertretungsvorstellungen herauszufinden. Dies bleibt nun Aufgabe für die kommende Zeit – je nachdem, wie die Pandemie-Einschränkungen konstruktive Arbeit ermöglichen.

Getragen von den Interessen der GdP-Seniorinnen und -Senioren müssen gewerkschaftspolitische Themenfelder herausgearbeitet und vorangebracht werden. Jede GdP-Seniorin, jeder GdP-Senior ist aber schon jetzt aufgerufen, Interessenschwerpunkte und mögliche gewerkschaftspolitische Handlungsfelder dem Bundesseniorenvorstand über die Länderorganisationen mitzuteilen.

Heftiger Gegenwind

Die Polizei erfährt zurzeit viel Gegenwind. Unterstellungen, Diffamierungen und Angriffe sind „täglich Brot“. Das wird den Tausenden Polizistinnen und Polizisten nicht gerecht. Sie leisten hervorragende Arbeit für unsere Demokratie. Die Summe belastender Situationen führt oft erst Jahre später zu einem gesundheitlichen Problem. Während

der aktiven Dienstzeit stehen ausreichend Hilfsangebote zur Verfügung.

Nach der Pensionierung oder Verrentung sind dann meistens die Ex-Beschäftigten mit ihren Problemen auf sich allein gestellt. Hier müssen gewerkschaftliche Aktionen adäquate Abhilfe initiieren. Nicht erst seit Corona wissen wir, dass man über Nacht auf Hilfe angewiesen sein kann. Eine Vielzahl an Hinweisen und Hilfestellungen für alle möglichen Lebenslagen haben die GdP-Senioren im sogenannten APS-Programm erarbeitet, das jedem GdP-Mitglied ein adäquater Ratgeber sein soll. Umfangreich ist es im Internetauftritt der GdP (Bund) im Mitgliederbereich hinterlegt. Und in diesen Wochen wurde ein Teil dieses Programms in einer Neuauflage der Broschüre „APS-Vorsorge“ an die Landesbezirke und Bezirke der GdP verteilt.

Neues Gesicht

Nach dem Ausscheiden eines stellvertretenden Bundesseniorenvorsitzenden ist gemäß der GdP-Satzung und der Seniorenrichtlinien eine Nachfolgerin oder ein Nachfolger zu wählen. Da wegen der Corona-Beschränkungen keine Präsenzsitzungen und Versammlungen stattfinden konnten, verschiebt sich die Nachwahl für dieses Amt von Monat zu Monat. Die restlichen Mitglieder des Geschäftsführenden Seniorenvorstandes hoffen, dass die im November geplante Sitzung des BSV stattfinden kann – und damit auch die Nachwahl möglich ist.

Und dann noch ein „Aufreger“ – auch in Seniorenkreisen:

Auch wenn man im Ruhestand ist, lebt man noch mit dem Beruf Polizei und den dortigen Kolleginnen und Kollegen mit – nicht alle, aber viele. Und wenn man in der GdP auch im Ruhestand noch als Funktionär ein Ehrenamt ausübt – erst recht. Also: Die seit Wochen in vielen Medien und von manchen Parteifunktionären geschürte Kampagne gegen die Polizei bestätigt wieder einmal exemplarisch, dass dort ein grundsätzliches Misstrauen gegenüber unseren Kolleginnen und Kollegen vorhanden ist. Was da geschrieben und gesprochen wurde, hat nichts mehr mit dem Wunsch nach Aufklärung zu tun – das sind Unterstellungen, die

eben diesem Misstrauen entspringen, das ist teilweise linker Populismus.

Seit vielen Jahren schenken mehr als 80 Prozent der Bürger unserer Polizei ihr Vertrauen. Wenn Partei-Funktionäre jedoch nach Beifall heischen – in manchen Medien und bei einer ganz geringen Zahl von Menschen – und damit ihr Misstrauen gegenüber der Polizei weiter schüren, dann vertreten sie nicht mehr die Interessen der großen Mehrheit im Lande. Unsere GdP im Bund, in den Ländern und Bezirken hat umfangreich reagiert und ist dieser Kampagne in der Öffentlichkeit energisch entgegengetreten.

Und auch die üblen Auswüchse der Corona-Demo Ende August musste wieder die Polizei ausbaden. Alle – auch die rechtsprechenden Juristen – haben gewusst, dass es so kommen würde, wie es gekommen ist. Den Veranstaltern aufzuerlegen, dass sie dies zu verhindern gehabt hätten, war scheinheilig. ■

ANZEIGE

REISEMARKT



Action mit wasser·c·raft in Tirol

Spezial Polizeiangebote:
Raft- & Canyontour €/Person 123,-
Unterkunft über uns buchbar.

Infos: +43 5252 6721
office@rafting-oetztal.at
www.rafting-oetztal.at



Innenleben



3rd INTERNATIONAL POLICE YOUTH CONFERENCE (IPYC)

Eigentlich!

Unter normalen Bedingungen würden sich in diesem Monat junge Kolleginnen und Kollegen der europäischen Polizeien zur „3rd International Police Youth Conference“ (IPYC) in Berlin treffen, um über die Polizei der Zukunft zu beraten. Nun lässt dies die Situation um Corona nicht zu. So wird uns aber auch vor Augen geführt, dass es notwendig ist, smarte und digitale Lösungen zu etablieren, um europaweit Gewerkschaftsarbeit zu betreiben.

Martin Meisen

Es muss auch möglich sein, sich ohne physische Präsenz zu vernetzen und die Belange der Kolleginnen und Kollegen voranzubringen.

Europaweit vertreten

Neben der wachsenden Rolle von Frontex als europäische Aufgabe wollen wir uns mit dem Thema Gewalt gegen Polizeibeschäftigte und dem Berufsbild der Polizei mit unseren Kolleginnen und Kollegen europäischer Polizeien auseinandersetzen – vor allem vor dem Hintergrund eines zunehmenden gesellschaftlichen Interesses an Polizeiarbeit. Der JUNGEN GRUPPE (GdP) ist die europäische Vernetzung der Gewerkschaften ein besonderes Anliegen, schließlich arbeiten die Polizeibehörden der EU-Länder mehr und mehr zusammen, und da sind starke Interessenvertretungen für die Beschäftigten notwendig. Neben dem gewerkschaftlichen Aspekt ist es unabdingbar, eine europäische Mitarbeitervertretung zu etablieren. Hierzu zeigte sich Manfred Weber, Vorsitzender der EVP-Fraktion (Europäische Volkspartei) im Europaparlament in einem Gespräch mit der GdP bereits sehr aufgeschlossen. Es gibt zwar bereits Europäische Betriebsräte, die jedoch

besitzen in erster Linie nur Informations- und Anhörungsrechte.

Digitale Standards schaffen

Für uns wäre es nur konsequent, dass junge Beschäftigte adäquat vertreten werden – und ihre Interessen folglich selbst vertreten. Dazu wird eine moderne Jugendarbeit benötigt. Videoschaltkonferenzen und interaktives Zusammenarbeiten sollten der absolute Standard sein – länderübergreifend. Die bei den deutschen Polizeien wirkenden Jugend-Auszubildendenvertretungen stellen einen Eckpfeiler der gesetzlichen Personalvertretung dar. Diesen erachten wir als geeignete Blaupause für die europäische Ebene. Hier ziehen wir mit der DGB-Jugend gemeinsam an einem Strang.

Mit dem Europäischen Gewerkschaftsbund gibt es bereits ein europäisches Gewerkschaftsbündnis für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Es bedarf nach unserem Dafürhalten einer gesetzlichen Mitbestimmung, um so auch den besonderen Belangen von Beschäftigten der Sicherheitsbehörden Rechnung zu tragen.

Und noch ein kleines Save the Date. Die 3. IPYC soll im 2. Quartal 2021 in Berlin stattfinden. Wir sehen uns! ■

Innenleben

PERSONALENTWICKLUNG FÜR
TARIFBESCHÄFTIGTE

(K)Ein Buch mit sieben Siegeln

Welche Bedeutung bekommt das Thema Personalentwicklung innerhalb der Verwaltung angesichts aktueller Entwicklungen?

Imme Hildebrandt

Der demographische Wandel ist bereits spürbar vorangeschritten. Auch im öffentlichen Dienst hat der „Kampf um die Köpfe“ längst begonnen. Nicht nur die Verwaltungsbereiche der Polizei stehen in vielen Ländern seit Jahren unter dem Druck der Personalknappheit – bei gleichzeitiger Arbeitsverdichtung in Qualität und Quantität.

Per Definition kann Personalentwicklung (kurz: PE) alle bildungs- und stellenbezogenen Maßnahmen umfassen, die im weitesten Sinne zur Qualifizierung der Mitarbeiter führen. Gerade bei Personalknappheit beinhaltet die gezielte Weiterbildung und Qualifikation der einzelnen Mitarbeiter eine erkennbare Möglichkeit der Förderung von Fach- und Führungskräften.

Das Vier-Augen-Gespräch

Als Instrument zur Personalentwicklung wird oftmals das Mitarbeiter-Vorgesetzten-Gespräch (MVG) angeführt. Das strukturierte Vier-Augen-Gespräch sollte nach Möglich-

TARIF



keit jährlich angeboten werden und nach einer Behandlung des Ist-Zustandes auch stets Entwicklungspotenziale des Mitarbeiters verdeutlichen. Entsprechende Perspektiven in Richtung gezielter Förder- und Entwicklungsmaßnahmen sollten dem Mitarbeiter aufgezeigt werden. Durch gemeinsame Zielvereinbarungen können daraus konkrete Maßnahmen zur Personalentwicklung des Beschäftigten folgen.

Synergetisches Tandem

Auch sogenannte Mentoring-Programme tragen durchaus zur Personalentwicklung bei. Im Idealfall tauscht das Tandem aus Mentor und Mentee nicht nur Wissen aus, sondern es entwickelt sich eine nachhaltig vertrauensvolle Zusammenarbeit, von der beide profitieren können.

Um Arbeitsbereiche außerhalb des eigenen Arbeitsplatzes kennenzulernen oder Einblicke in andere Tätigkeitsfelder zu gewinnen, ist womöglich eine Hospitation hilfreich und sinnvoll. Diese zeitlich befristete Maßnahme nützt zur Vorbereitung auf eine berufliche Veränderung oder erweitert einfach nur den eigenen Horizont.

Kreativer sein

Deutlich wird: Möglichkeiten zur Personalentwicklung interessierter und motivierter Kolleginnen und Kollegen ergeben sich ohne großen Kostenaufwand. Dienststellen sollten diese für ihr Bestandspersonal kreativer und ausführlicher ausschöpfen.

Tatsächlich gibt es auch innerhalb des Tarifvertrages der Länder (TdL) Regelungen,

die bei konkreter Anwendung durchaus zur Verbesserung der Leistungsmotivation, zur realen Erhöhung des Entgelts und somit zur Personalentwicklung dienen können:

- Paragraph 14 regelt die Möglichkeit zur vorübergehenden Übertragung einer höherwertigen Tätigkeit
- Paragraph 17 Abs.2 bietet unter bestimmten Voraussetzungen die Möglichkeit zur Stufenlaufzeitverkürzung

Während Paragraph 14 in Niedersachsens Polizeidienststellen bereits vereinzelt Anwendung findet, gibt es aktuell zum Thema Stufenlaufzeitverkürzung nach Paragraph 17 Absatz 2 einen Vorstoß seitens des Landespolizeipräsidiums: In enger Abstimmung mit den Polizeidienststellen sollen 2021 erstmals Haushaltsmittel zur Verfügung gestellt werden, die insgesamt 30 Möglichkeiten zur Stufenlaufzeitverkürzung für Beschäftigte der niedersächsischen Polizei beinhalten. Bei über dem Durchschnitt liegenden Leistungen kann eine jeweilige Stufenlaufzeit (in den Stufen 3 bis 5) um die Hälfte verkürzt werden.

Maßgebend zur Einschätzung und Vergleichbarkeit von Leistungen werden Regelbeurteilungen (beziehungsweise Anlassbeurteilungen) sein, die von behördlichen Kommissionen bewertet werden, um dem Landespolizeipräsidium entsprechend Vorschläge unterbreiten zu können.

Die Beteiligung des Personalrates gemäß den Maßgaben des Niedersächsischen Personalvertretungsgesetzes (NPersVG) ist vorgesehen und für einen fairen Ablauf unabdingbar. ■

Leser meinen

ZU:

Rassismus-Debatte, DP 8/20

Zunächst möchte ich mich dafür bedanken, dass in der letzten Ausgabe zur Rassismus-Debatte in der Polizei sehr umfassend und vielschichtig berichtet wurde. Als die ersten Berichte über den Vorfall um den Tod von George Floyd im Fernsehen zu sehen waren, war ich – wie viele andere – schockiert. Denn hier wurde schlichtweg das Übermaßverbot und die Verhältnismäßigkeit komplett missachtet, gepaart mit überzogenen und gefährlichen Eingriffstechniken.

Erschrocken war ich, wie dieses bedauerliche Ereignis durch Medien teils völlig unreflektiert plötzlich als Beweis für den Rassismus in der deutschen Polizei galt. Ohne konkreten Anlass wurde die angeblich rassistisch geprägte Arbeit der gesamten US-amerikanischen Polizei quasi 1:1 auf unsere Polizei übertragen. Gleich meldeten sich jede Menge Stimmen, auch aus dem politischen Bereich, die es ja schon immer gewusst haben, dass die Polizei in Deutschland rassistisch geprägt sei. Aber hier wurden Äpfel mit Birnen verglichen! Wenn denn unsere Polizei wirklich so rassistisch ist, fragte ich mich, wo waren denn diese politischen „Schlauschwätzer“ die ganze Zeit. Warum haben sie denn nicht ihre Position genutzt, um etwas dagegen zu tun? Die Politik trägt doch Verantwortung!? Haben Sie dann nicht versagt oder waren es nur Worthülsen, die man den Medien servierte. Quasi wie gerufen kamen später die erneuten Vorfälle um den sogenannten NSU 2.0 samt ungeschicktem politischem Umgang.

Sollten die Urheber der besagten Mails wirklich aus der Polizei kommen, so haben diese Personen dort nichts verloren, denn wir haben eine demokratische Polizei, jedoch offenbar nicht ganz.

Leider sind die Rassismus-Debatte und der Umgang damit kein Einzelfall. Es gibt Themen, die dürfen scheinbar nicht kritisch diskutiert werden, wie Migration, Flüchtlinge oder Umweltbewegung. Es macht einfach den Eindruck, dass die Richtung zu einigen Themen durch die Medien vorgegeben wird. Wer dies nicht so sieht und seine Meinung äußert, wird sofort in die „rechte“ oder „linke Ecke“ gestellt. Wie sagte seinerzeit der von mir sehr geschätzte Kabarettist Dieter Nuhr nach den Vorfällen der Kölner Silvesternacht Köln sinngemäß: Jetzt dürfe

Kontakt zur Redaktion

GdP-Bundesvorstand
Redaktion DP – DEUTSCHE POLIZEI
Stromstr. 4, 10555 Berlin
Telefon 030 399921-113
gdp-pressestelle@gdp.de

auch mal öffentlich über Ausländerkriminalität gesprochen werden. Zweifel an Nuhrs demokratischem Verständnis sind sicherlich nicht angebracht, nur es sind halt unbequeme Themen.

Es gibt eine sogenannte schweigende Mehrheit, die vielleicht anders darüber denkt. Leider fühlen sich dann einige bei den Wahlen zu den extremen Parteien hingezogen: „Damit sich was mal ändert!“ Doch aus den „gewählten Denkkzetteln“ werden Parlamentssitze, und so haben wir mittlerweile wieder Kommunisten und Faschisten in deutschen Parlamenten. Das macht mir viel mehr Sorgen als irgendeine Rassismus-Debatte.

Hans-Ulrich Rehberg, Bad Berleburg

ZU:**Menschenrechtsbildung in der Polizei, DP 8/20**

So facettenreich der Polizeiberuf ist, so vielseitig sind auch die in der Ausbildung zu behandelnden Aspekte. Gerade der Polizeiberuf erfordert ein immens hohes Maß an Kommunikationsfähigkeit, Fingerspitzengefühl und Menschenkenntnis. Die theoretischen Grundlagen sollten dann in der Praxis mit steigender Lebenserfahrung ausgebaut werden. Dazu gehört auch, wie der Autor richtig anführt, Sachverhalte und eigenes Kästchendenken zu hinterfragen. Leider lässt das unser hektisches Einsatzgeschehen, oft in Kombination mit Personalmangel, und das Verhalten unseres polizeilichen Gegenübers nicht immer zu. Aber jeder Kollege, jede Kollegin ist aufgefordert, nicht zu resignieren, sondern am eigenen Auftreten zu arbeiten. So zeigt die Auswertung von Bürgerbeschwerden immer wieder, dass Maßnahmen durch die Einschreitkräfte nicht oder für den Bürgern nicht ausreichend erklärt wurden, während das Einschreiten an sich rechtlich und sachlich in Ordnung war. Auch bei der Eskalation eines Einsatzes ist dies oft der Hintergrund.

Peter Schall, Landesvorsitzender GdP Bayern

ZU:**Rassismus und Polizeigewalt und Versammlungsfreiheit in Corona-Zeiten, DP 8/20 und 9/20**

Mit dem Beitrag von Jochen Christe-Zeyse zum Themenkomplex „Rassismus und Polizeigewalt“ und dem Interview mit Andreas

Zick zur Frage von Vorurteilen im August-Heft sowie dem Aufsatz von Clemens Arzt zu „Versammlungsfreiheit in Corona-Zeiten“ im September-Heft hat die DP Experten zu aktuellen Themen zu Wort kommen lassen, die kritische Aspekte ansprechen und daher wahrscheinlich auch manchen Widerspruch in der Leserschaft hervorrufen werden. Ich möchte mich ausdrücklich dafür bedanken und die Redaktion ermuntern, auch weiterhin unbequemen Fachleuten ein Forum zu bieten. Damit wird das polizeiliche Diskussionspektrum erweitert und dem vorherrschenden gesellschaftlichen Trend entgegen gewirkt, vorrangig in Filterblasen zu kommunizieren.

Udo Behrendes, Lohmar

ZU:**Neues DP-Layout, DP 4/20**

Ich kann die Kritik in der Ausgabe 04/20 am neuen Layout der DP nicht ganz nachvollziehen. Ich empfinde das neue Titelblatt als sehr aufgeräumt und übersichtlich. Ein großes Kernthema wird dargestellt, es herrscht keine Themenüberlagerung wie bei den im Handel erhältlichen Zeitschriften. Jeder, der an dem Kürzel DP Kritik übt, hat eure Einleitung zum neuen Layout im Februar-Heft nicht gelesen. „Gib mir Mal die DP“ ist ein typischer Satz in der Dienststelle. Unter dem Kürzel steht für alle gut sichtbar DEUTSCHE POLIZEI. Es wird nichts versteckt, und wer dies mit der Post oder Sonstigem verwechselt, der sollte über den Kauf einer neuen Brille nachdenken.

Ob nun der GdP-Stern ein Zentimeter größer oder kleiner ist – wer merkt so etwas, ohne das Lineal anzulegen? Das ist Jammern auf sehr hohem Niveau. Auch im Heft empfinde ich alles klar strukturiert, übersichtlich und genügend bebildert. Die Mini-Bilder im März-Heft sind mir auch aufgefallen, mit meinen 33 Lenzen kann ich die zwar noch gut erkennen, empfinde sie aber auch als sehr klein. Dann doch lieber ein Bild weniger, dafür etwas größer.

Alles in allem habe ich die neuen Ausgaben sehr gern gelesen. Das neue Layout geht aus Richtung „Bunte“ mehr in Richtung „Playboy“, ich hoffe ihr wisst wie ich das meine ;) Weiter so, in zwei Monaten hat sich der Großteil an die Änderungen gewöhnt und empfindet sie vermutlich auch als Verbesserung.

Sebastian Ziel, Frankfurt (Main)

DP
DEUTSCHE POLIZEI



Nr. 10 | 69. Jahrgang 2020
Magazin und Organ der
Gewerkschaft der Polizei

Erscheinungsweise und Bezugspreis

Monatlich 2,80 € zzgl. Zustellgebühr
Bestellung an den Verlag. Für GdP-Mitglieder ist der Bezug durch den Mitgliedsbeitrag abgegolten.

Herausgeber

Gewerkschaft der Polizei, Bundesvorstand,
Stromstr. 4, 10555 Berlin
Telefon 030 399921-0
Telefax 030 399921-200

Redaktion

Michael Zielasko (mzo), Verantwortlicher Redakteur
Wolfgang Schönwald (wsd), Ständiger Vertreter
Danica Bensmail (dab), Redakteurin

Redaktionsassistentz

Johanna Treuber
gdp-pressestelle@gdp.de
Telefon 030 399921-113
Telefax 030 399921-29113

Gestaltung und Layout

Andreas Schulz, karadesign

Titelbild

sandsun – stock.adobe.com

Die unter Verfassernamen veröffentlichten Artikel stellen nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte kann keine Gewähr übernommen werden. Die Redaktion behält sich vor, Texte zu kürzen und redaktionell zu bearbeiten. In DP – Deutsche Polizei veröffentlichte Beiträge werden gegebenenfalls auf www.gdp.de, der GdP-App und sozialen Medien verbreitet.

Verlag

Deutsche Polizeiliteratur GmbH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der Gewerkschaft der Polizei
Forststr. 3a, 40721 Hilden
Telefon 0211 7104-183
Telefax 0211 7104-174
av@vdp-polizei.de

Geschäftsführer

Bodo Andrae, Joachim Kranz

Anzeigenleitung

Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenliste Nr. 43 vom 1. März 2020.

Bitte wenden Sie sich bei Adressänderungen nicht an den Verlag, sondern an die Landesbezirke und Bezirke. Die Kontaktdaten finden Sie im Impressum des Landes- bzw. Bezirkteils in der Mitte des Heftes.

Druckauflage

187.611 Exemplare
ISSN 0949-2844



WISSEN, WAS ZÄHLT
Geprüfte Auflage
Klare Basis für den Werbekmarkt

Herstellung

L.N. Schaffrath Medien GmbH & Co.KG,
DruckMedien
Marktweg 42–50, 47608 Geldern
Postfach 1452, 47594 Geldern
Telefon 02831 396-0
Telefax 02831 396-89887
av@vdp-polizei.de

POLIZEILICHE PRESSE- UND ÖFFENTLICHKEITSARBEIT IM DIGITALEN ZEITALTER

Ein Praxisleitfaden für den Weg zu zeitgemäßer PR

Von **Jan Schabacker**.



1. Auflage 2020

Umfang: 192 Seiten

Format: Broschur, 14,8 x 21 cm

Preis: 26,00 € [D]

ISBN: 978-3-8011-0865-6

Das Geiseldrama von Gladbeck 1988 und der Amoklauf von München 2016. Zwei einschneidende Ereignisse der deutschen Geschichte, hautnah von Polizei, Journalisten und der Öffentlichkeit in Wort, Bild und Ton begleitet, die deutlich aufzeigen, welche medialen Entwicklungen zwischenzeitlich stattgefunden haben und mit welchen Anforderungen und Herausforderungen die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der Polizei mittlerweile konfrontiert wird. Denn Digitale Revolution, das Internet und nicht zuletzt Social-Media-Kanäle stellen die klassische Trennung von Presse- und Öffentlichkeitsarbeit auch innerhalb der Polizei mehr als in Frage.

Der Autor dieses Buches trägt diesen Entwicklungen Rechnung und legt ein Werk vor, das den Leser in die Lage versetzt, für die Polizei das zu tun, was heutzutage notwendig ist: Public Relations aus einem Guss zu betreiben und Themen mit guten Botschaften, Bildern, Audios und Videos auf unterschiedlichen Kanälen nach innen wie nach außen zu platzieren. Der Leitfaden als Handwerkszeug hilft dabei, Public Relation crossmedial zu denken und alle Kommunikationskanäle professionell zu bedienen und zu nutzen.



DER AUTOR

*EPHK Jan Schabacker, Leiter der Pressestelle
LZPD NRW, Pressesprecher.*



VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
Buchvertrieb

Forststraße 3a · 40721 Hilden · Telefon 0211 7104-212 · Telefax 0211 7104-270
service@vdpolizei.de · www.vdpolizei.de

Weitere Informationen, Leseproben und Bestellmöglichkeit unter: www.vdpolizei.de

STABIL UND GRIFFBEREIT

Die Einsatzmappe „HUNTER“

Fächermappe mit strukturierter Oberflächenbehandlung, sehr strapazierfähig, sehr hohe Abriebfestigkeit. 10 Einsteckfächer individuell beschriftbar. Reißverschluss auf der Rückseite. Lasche zum Herausziehen. Überschlag mit zwei Klettunkten und Visitenkartenfach. 1680D Polyester. 36 x 28 x 7 cm.

170915

✱ 15,95 € 19,95 €



**ORGANISATIONS- UND SERVICE-GESELLSCHAFT
DER GEWERKSCHAFT DER POLIZEI MBH**

Werbemittelvertrieb · Postfach 309 · 40703 Hilden
Tel. 0211 7104-168 · Fax 0211 7104-4165
osg.werbemittel@gdp.de · www.osg-werbemittel.de

Letzter Bestelltermin: 31.10.2020

Versandkosten: 4,95 €

Weitere Polizeiartikel und nützliche
Produkte finden Sie unter:

www.osg-werbemittel.de